

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 24 / 72 19..... Nr. 923

720/148

Dr. Wilhelm C. H. Graef
Rechtsanwälte

Wilhelm C.H. Graef,

(22b) Grosskarlbach, Rheinmühle

angefangen: 19.....
beendet: 19.....

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50 / 1979 Nr. 407

923

LEITZ

Leitz-Hefter
-Rapid-
Din-Quart

fungus

15/8.53 fungus fungus fungus

zugl. fungus fungus
DN 442. -

3 11 VSTL

3 11

3. 7

Reibf. = 375 R. Dew. G.

Mark (für seine Mark für
einfach gehalten)

Sonne Wintersonne 1/134

Exemplar fungus 19.9.90

Wie häufiger in der Natur

1. 16

Re

fungus fungus

fungus fungus

fungus fungus

fungus fungus

29. August 1953

ab 30/8. 53

Dr. O./Z.
- 708 -

Herrn
apl. Ing.
Wilhelm C.H. Graef
Rosskarlbach / Pfalz
Heinmühle

Sehr geehrter Herr Graef:

Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Zeilen vom 27.8.1953
die ich wie folgt beantworte:

Sie haben mich insofern mißverstanden, als Sie aus meiner
Formulierung auf Seite 3 meines Briefes vom 5. August 1953
herausgelesen haben, daß die Transfergenehmigung aufgrund
bestimmter Devisenerlasse mit dieser Beschränkung erteilt
werden könne. In Wirklichkeit liegt es im freien Ermessen
der zuständigen Landeszentralbank, ob Sie im Benehmen mit
der Bank deutscher Länder einen Transfer genehmigen will
oder nicht. Ob eine solche Sondergenehmigung erteilt wird,
richtet sich nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten.
Auf jeden Fall aber - und das wollte ich zum Ausdruck bringen -
wird die Landeszentralbank bzw. die Bank deutscher Länder,
bevor sie eine solche Genehmigung erteilt, prüfen, ob über-
haupt ein zivilrechtlicher Anspruch auf diesen Betrag besteht.
Bei dieser Prüfung wird sich dann in Ihrem Falle herausstel-
len, daß ein zivilrechtlicher Anspruch nur auf 10% des Reichs-
markbetrags anerkannt werden kann. Wegen eines etwaigen Mehr-
betrags wird die Transfergenehmigung von vornherein deshalb
abgelehnt werden, weil hierauf kein zivilrechtlicher Anspruch
besteht. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß die Landes-
zentralbank das Rechtsverhältnis genau so beurteilen wird
wie ich, das heißt, als ein normales Darlehensverhältnis,
das im Verhältnis von RM 10.- zu DM 1.- umzustellen ist.

21. April 1923
Wenn Sie sich aber so genau nach den Möglichkeiten einer Transfergenehmigung erkundigen, dann möchte ich Sie doch noch darauf hinweisen, daß in dieser Beziehung zur Zeit eine Konsolidierung eingetreten ist infolge der Ratifizierung des Deutschen Schuldenabkommens. In diesem Schuldenabkommen sind die deutschen Auslandsschulden, auch die privaten Schulden, eingehend geregelt. Es sind Schiedsinstanzen vorgesehen usw.. Außerdem enthält das Abkommen gewisse Transfererleichterungen. Eine genaue Auskunft über den Inhalt dieses Abkommens kann ich Ihnen leider im Augenblick noch nicht geben, da ich noch nicht über den Wortlaut dieser sehr umfangreichen und komplizierten Regelung verfüge, deren Inhalt vielmehr bis jetzt nur aus kurzen Inhaltsberichten der Fachpresse kenne. Ich kann Ihnen also leider im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob und unter welche Kategorie des Schuldenabkommens Ihre Verbindlichkeit fällt, ferner, ob Schweden diesem Abkommen schon beigetreten ist.

Zuständig für etwaige Devisengenehmigungen ist meines Erachtens die für Ihren Wohnsitz zuständige Landeszentralbank. Ein etwaiger Antrag müßte also wohl bei der Landeszentralbankstelle in Frankfurt a. M. eingebracht werden, wenn dort eine solche Stelle existiert.

Ich wünsche Ihnen eine gute und erfolgreiche Reise nach Schweden und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihr

(Dr. Otto)

Rechtsanwalt

WILHELM C. H. GRAEF
DIPLOMINGENIEUR VDI

81
GROSSKARLBACH (PFALZ) 27.8.1953
RHEINMÜHLE

28 Aug. 1953

Herrn

Dr. Heinz G.C. O t t o

M a n n h e i m

Friedrichsplatz 1

Betr.: Ihr Schreiben vom 5.8.1953 Dr.O/Lö-708-

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Vielen Dank für Ihre Zeilen vom 5.8.1953, die mir bei den Verhandlungen, die ich Anfang September in Stockholm führen will, eine gute Stütze sein werden. Ich habe dazu keine Fragen außer einer:

Sie erwähnen, daß eine devisenrechtliche Genehmigung zur Rückzahlung in schwed.Kronen nur dann zu erhalten ist, wenn die Forderung der Umstellung 10 : 1 unterworfen wird. Für die Vergleichsverhandlung ist dieser Punkt sehr wesentlich; denn der Sperrmarkkurs liegt bei 60 %. Ich wäre Ihnen also dankbar für eine Mitteilung, aufgrund welchen Devisenerlasses die Transfergenehmigung erteilt wird mit der von Ihnen genannten Beschränkung und möglichst auch Nennung der für den Antrag zuständigen Devisenstelle, damit ich dem schwedischen Anwalt gleich die Unterlagen für den Devisenantrag überreichen kann. Ich fliege am 4.9.1953 nach Schweden.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

Wich. O. Graef

Handwritten text in the upper middle section of the page.

Handwritten text in the middle section of the page.

Handwritten text in the lower middle section of the page.

Handwritten text in the lower section of the page.

Handwritten text at the bottom of the page.

7. IX. 53

5. August 1953

5.8.53

Dr. O/Lö.

-708-

Herrn

Dipl. Ing.

Wilhelm C.H. G r a e f

Grosskarlbach / Pfalz
Rheinmühle

Sehr geehrter Herr Graef!

Ich bestätige noch bestens dankenden Empfang
Ihres Schreibens vom 17. Juli 1953 und teile Ihnen
mit, dass ich Ihnen jederzeit zu einer persönlichen
Rücksprache zur Verfügung stehe.

Vorweg möchte ich meine Gedanken wie folgt formu-
lieren:

Die Rechtssprechung zur Umstellung von Rechts-
verhältnissen zwischen Ehegatten sowie Eltern
und Kindern hat sich in letzter Zeit erheblich
verfeinert. Hierbei besteht die Tendenz zu einer
grosszügigen Auslegung im Sinne einer Umstellung
1:1. Es zieht sich aber wie ein roter Faden
durch die ganze Rechtssprechung, dass eine irgend-
wie geartete Auseinandersetzung immer die Grundlage
der Forderung sein und bleiben muss. Als Ausein-
andersetzung werden auch die Fälle vorweggenom-
mener Erbfolge und vermögensrechtlicher Verein-
barungen von Ehegatten anlässlich ihrer Scheidung
angesehen. Auch wird erfahrungsgemäss dem Umstand,
dass sich die Vermögen beider Ehegatten im Laufe
der Ehe unabgrenzbar miteinander vermischen können,
Rechnung getragen. So weitgehend und grosszügig

10. 11. 1941

1992

— 1 —

109015

diese Rechtssprechung auch sein mag, ~~ich~~^{man} kann ~~doch~~^{ich} keinen Anhaltspunkt dafür finden, dass auch die Forderung Ihrer ersten Frau in irgendeiner Weise auf eine Auseinandersetzung zurückgeführt werden könnte.

Man muss vor allen Dingen begrifflich scharf abgrenzen, ob die betr. Forderung aus einer Auseinandersetzung herrührt oder ob sie nur Gegenstand einer Auseinandersetzung war. Die Tatsache, dass sie einmal Gegenstand einer Auseinandersetzung war, kann die ursprüngliche Rechtsnatur der Forderung nicht ändern. Es ist also ohne Interesse, ob Ihre erste Frau s.Zt. die Forderung Ihrer Schwiegermutter gegen Sie im Wege einer Auseinandersetzung erworben hat. Entscheidend sind allein die Vereinbarungen, die Sie s.Zt. mit Ihrer Schwiegermutter getroffen haben.

Es liegt ein Darlehensvertrag vor über RM. 60.000.--. Darlehensforderungen werden aber gemäss § 16 des Umstellungsgesetzes im Verhältnis von 10 RM zu 1 DM umgestellt. Sollte Ihre Frau bzw. deren Rechtsberater den Standpunkt einnehmen, dass dem Darlehensvertrag besondere Vereinbarungen zugrunde gelegen hätten, die eine höhere Umstellung rechtfertigen, dann müssen sie dies beweisen. Die Tatsache allein, dass der Reichsmark-Betrag aus einem Transfer von Schweden-Kronen herrührte, ist keinesfalls als ein solcher Umstand zu werten. Wenn Ihre erste Frau s.Zt. diese Darlehensforderung von ihrer Mutter gegen Zahlung von Schweden-Kronen erworben hat, dann kann dies nach dem Obengesagten die Rechtsnatur der Forderung nicht verändern, weil sie lediglich Gegenstand einer Auseinandersetzung war, nicht aber aus einer solchen herrührte.

Das Darlehen wurde Ihnen zu einem Zeitpunkt gewährt, zu dem Sie mit Ihrer ersten Frau noch verheiratet waren. Eine Auseinandersetzung anlässlich der Ehescheidung kommt also nicht in Betracht. Zum Zeitpunkt der Ehescheidung bestand die Forderung als Darlehensforderung bereits seit langem.

Es kommt weiter dazu der devisenrechtliche Gesichtspunkt. Die Darlehensgewährung war nur genehmigt unter der Voraussetzung, dass sie in Reichsmark erfolgte. Jede Neben- oder Sondervereinbarung ausserhalb des Darlehensvertrages, die nicht devisenrechtlich genehmigt war, ist ohne weiteres nichtig, sodass sich Ihre Frau nicht darauf berufen könnte. Hinzu kommt, dass Sie auch heute eine devisenrechtliche Genehmigung zur Rückzahlung des Darlehens in Schweden-Kronen nur dann erhalten könnte, wenn die Forderung der Umstellung 10:1 unterworfen würde.

Auch hinsichtlich der Höhe der Reichsmark-Forderung erscheinen mir Zweifel ausgeschlossen. Es heisst zwar in Ziffer 4) des Darlehensvertrages:

" Frau Johnson stellt Herrn Graef einen Betrag von RM. 12.000.-- zur Abführung an die Deutsche Gold-Diskont-Bank, Berlin, zur Verfügung."

Die etwaige Folgerung, dass Sie diesen Betrag von RM. 12.000.-- = DM. 1.200.-- ebenfalls zurückzahlen müssen, erscheint mir abwegig; denn das Darlehen lautet ausdrücklich auf RM. 60.000.--, und über die Rückzahlungspflicht hinsichtlich der RM. 12.000.-- ist nichts gesagt. Es heisst lediglich " stellt zur Verfügung" nicht etwa "stellt darlehensweise zur Verfügung".

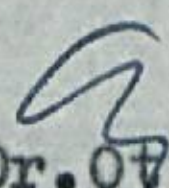
Diese Bestimmung ist getroffen im Zusammenhang mit der weiteren Bestimmung, dass das Darlehen von RM. 60.000.-- an die Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp und Kausch, Frankenthal, zu Ihren Gunsten zur Auszahlung zu bringen sei. Daraus ergibt sich, dass es sich lediglich um die Bestimmung der Zahlstelle handelte und dass Sie ermächtigt wurden, die RM. 12.000.-- für Frau Johnson an die Deutsche Gold-Diskont-Bank, Berlin, abzuführen.

Auch die Bestimmung des § 15 des Umstellungsgesetzes, wonach Angehörige der Vereinigten Nationen sich gegen die Umstellung 10:1 zur Wehr setzen können, kommt nicht zur Auswirkung, da hiernach der Fiskus verpflichtet ist, Sie von der darüberhinausgehenden Verbindlichkeit zu befreien. Es bleibt daher Ihrer Frau überlassen, diese Ansprüche gegen die Bundes-Republik geltend zu machen.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit diesen Ausführungen für Ihre weiteren Überlegungen eine Grundlage geschaffen habe. Irgendwelche noch bestehenden Zweifelsfragen könnten dann zwischen uns mündlich besprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

1. 1. 1953

General, Department of Defense

The following information is being furnished to you for your information. It is requested that you advise this Bureau of any changes in the information furnished herein. The information is being furnished to you for your information and is not to be used for any other purpose. The information is being furnished to you for your information and is not to be used for any other purpose. The information is being furnished to you for your information and is not to be used for any other purpose.

The following information is being furnished to you for your information. It is requested that you advise this Bureau of any changes in the information furnished herein. The information is being furnished to you for your information and is not to be used for any other purpose. The information is being furnished to you for your information and is not to be used for any other purpose. The information is being furnished to you for your information and is not to be used for any other purpose.

Very truly yours,

1

(S. 1. 1953)
Enclosure

WILHELM C. H. GRAEF
DIPLOMINGENIEUR VDI

GROSSKARLBACH (PFALZ)
RHEINMÜHLE

17.7.53.

21. Juli 1953

Herrn
Dr. Heinz G. Otto
M a n n h e i m
Friedrichsplatz 1

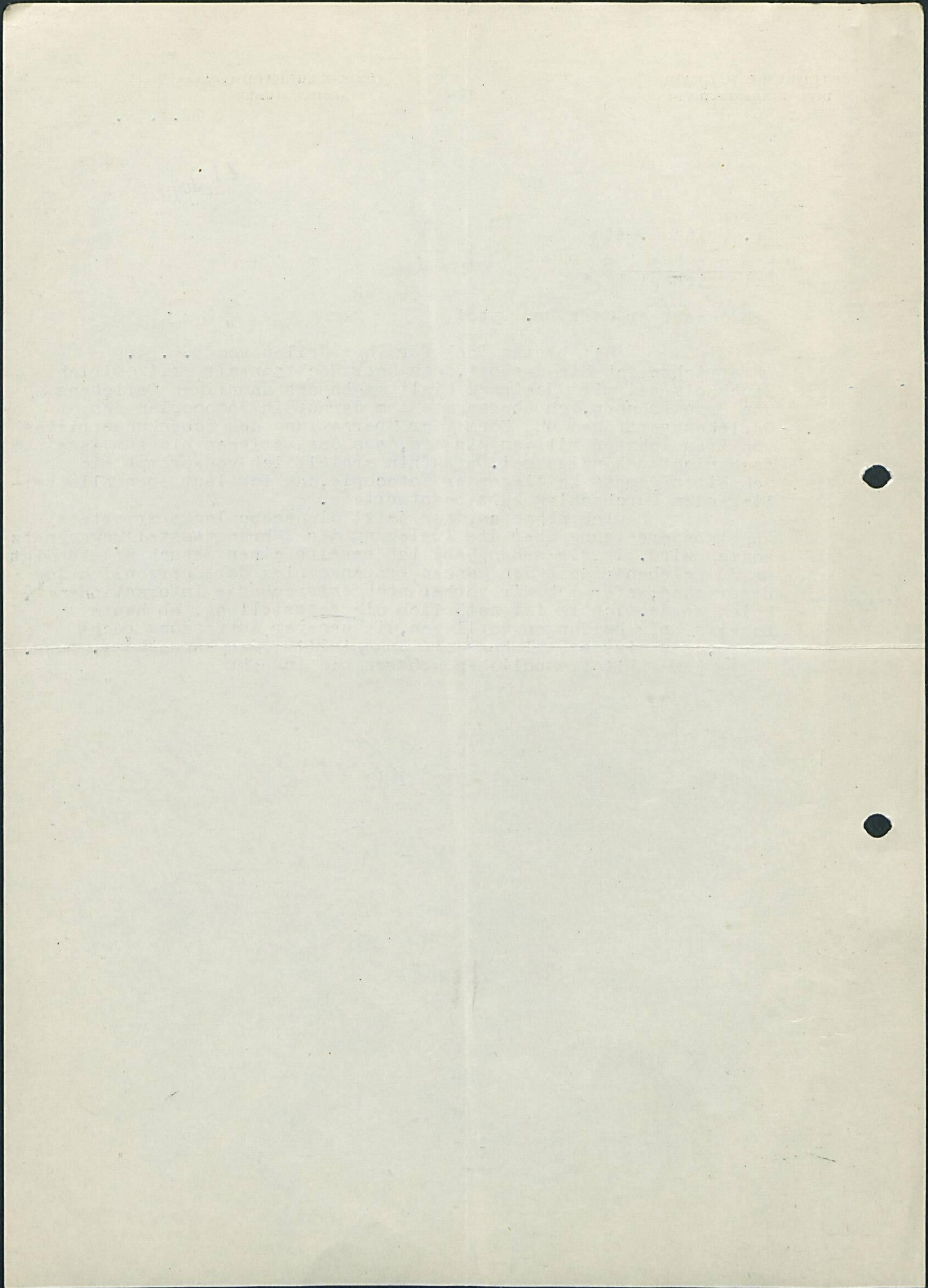
Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

Mit bestem Dank für Ihre Zeilen vom 3.6.53. unterrichte ich Sie darüber, dass Herr Rechtsanwalt Fritz Ulrich Stockholm bei mir Rückfrage hielt wegen des damaligen Darlehens von Frau Johnson. Ich übersandte ihm daraufhin Fotocopien des Darlehensvertrages und Copie der Übersetzung des Schenkungsbriefes von Frau Johnson mit dem Hinweis, dass das Darlehen bis zum Tage noch nicht gekündigt sei. Daraufhin erhielt ich von ^{ihm} prompt ein Schreiben gemäss beiliegender Fotocopie, das ich laut ebenfalls beiliegendem Durchschlag kurz beantwortete.

E. Schenck
Ich nehme an, dass jetzt die schon lange erwartete Auseinandersetzung über die Auslegung des Währungs^{um}stellungsgesetzes kommen wird. Wie sie sehen, habe ich bereits einen Besuch angekündigt um zu gegebener Zeit den ganzen Fragenkomplex dort persönlich zu besprechen, wofür ich mir vorher noch entsprechende Informationen holen werde. Wichtig ist natürlich die Feststellung, ob heute bereits Entscheidungen vorliegen, die unserer Auffassung recht geben, dass dieses Darlehen 10:1 umgestellt werden kann bzw. muss.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr

Wilh. C. H. Graef.



Der Oberfinanzpräsident Würzburg

~~Der Präsident~~

~~des Landesfinanzamts Würzburg~~

Devisenstelle, Zweigstelle Ludwigshafen (Rhein)

Nr. 0 1729 B. 54996 C/St.

(Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und den Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben.)

Akte: Wilhelm C.H. Graef, Grosskarlbach,
Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp
und Kausch, Frankenthal.

Ludwigshafen (Rhein), 21. Dez. 1937.
Mundenheimerstr. 182, Fernsprecher 62560.

Sprechstunden:

nur vormittags von 9—11 Uhr

Dienstag u. Freitag keine Sprechstunde.

Herrn

Wilhelm C.H. Graef
Grosskarlbach/Pfz.

Genehmigungsbescheid.

Laut Mitteilung der Deutschen Bank Berlin vom 23.11.1937 hat Frau Ester Axelson-Johnson, Stockholm, Lill Jans Plan 1, von der Amsterdamsch Effecten- en Bankierskantoor N.V., Amsterdam, aus deren erworbenem Auswanderersperrguthaben bei der Deutschen Bank Berlin einen Betrag von RM 72.000.-- erworben.

Entsprechend dem bei mir eingereichten Vertrag vom 9.11.1937 genehmige ich gemäss § 18 des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 4. Februar 1935 auf Grund des Einzelerlasses der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung Dev. A 7/47772/37 vom 12.10. 1937 der Frau Ester Axelson-Johnson die Verfügung über den erworbenen Betrag zum Zweck der Darlehensgewährung an Sie selbst unter folgenden Bedingungen:

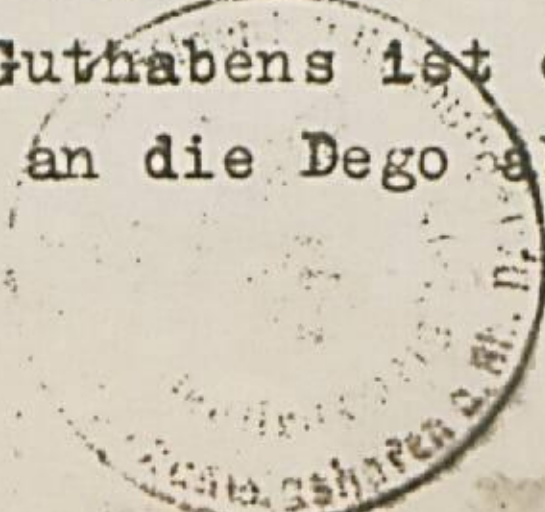
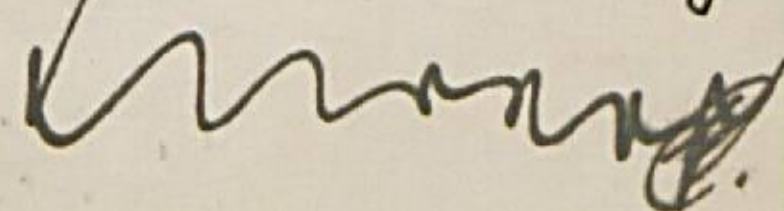
1) Aus dem erworbenen Guthaben wird ein Betrag von RM 60.000.-- zugunsten von Ihnen an die Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp und Kausch, Frankenthal, überwiesen, der zur Zeichnung von Aktien dieser Gesellschaft verwandt wird. Dieser Betrag ist das Darlehn im Sinne dieses Genehmigungsbescheides und des Vertrags vom 9.11.1937.

2) Das Darlehn ist zinslos und kündbar mit sechs Monaten Frist auf Vierteljahresende, erstmals jedoch zum 31. Dezember 1947. Sicherheit wird nicht geleistet. Jede Verfügung über die Darlehensforderung, insbesondere eine vorzeitige Rückzahlung durch Sie oder eine Änderung der Bestimmung über die Zinsen, ist nur mit meiner vorherigen schriftlichen Genehmigung zulässig.

3) Eine Verfügung über die von Ihnen gezeichneten Aktien ist bis zur vollständigen Rückzahlung des Darlehns nur mit meiner vorherigen schriftlichen Genehmigung statthaft.

4) Zu Lasten des erworbenen Guthabens ist ein Betrag von RM 12.000.-- sofort unentgeltlich an die Dego abzuführen.

Im Auftrage



Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

17.7.53.

Herrn
Advokat Fritz Ulrich
Västra Trädgårdsgatan 11 A
Stockholm / Schweden.

Sehr geehrter Herr Ulrich!

Durch eine längere Auslandsreise komme ich leider erst heute dazu Ihren Brief vom 9.6.53. dankend zu bestätigen. Sachlich darf ich dazu erwidern:

Die fraglichen RM 12 000.- mussten seinerzeit von Frau Johnson unentgeltlich an die Deutsche Golddiskontbank abgeführt werden. Als Beleg hierfür erhalten Sie in der Anlage Fotocopie des damaligen Genehmigungsbescheides des Herrn Oberfinanzpräsidenten Würzburg vom 21.12.37., demzufolge unter Punkt 4 dies geregelt wurde. Frau Johnson hat mit Rücksicht auf die günstige Umtauschmöglichkeit in Sperrmark diese Bedingung anerkannt und den entsprechenden Betrag direkt abgeführt, der nicht an mich zur Auszahlung kam.-

Die Kündigung des Darlehens zum 1.1.54. wird hiermit bestätigt mit der Bitte anzugeben, bei welcher Deutschen Bank entsprechende Sperrkonten eingerichtet werden sollen.

Den Gegenwert des RM - Darlehens werde ich entsprechend der Währungsumstellung 10 : 1 in DM erstatten, derart dass auf das Konto von Frau Starkenberg DM 3 000.- und auf die Konten der Kinder Birgitta und Kristina jeweils DM 1 000.- eingezahlt werden.

Im übrigen werde ich Ihnen zu einer persönlichen Rücksprache anlässlich eines Besuchs in Schweden im Sept. dieses Jahres zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll!

ADVOKAT

JUR. DR A. HEMMING-SJÖBERG

LEDAMOT AV SVERIGES ADVOKATSAMFUND

ADVOKAT

FRITZ ULRICH

LEDAMOT AV SVERIGES ADVOKATSAMFUND

TELEFON 10 44 60 - 21 11 03

Stockholm C. den 9 juni 1953

VÄSTRA TRÄDGÅRDSGATAN 11 A.

Herrn Ingenieur Wilhelm Graef
Grosskarlbach
Frankenthal - Rheinpfalz
Västtyskland.

Ich bestätigen dankend den Empfang ihrer beiden Briefe vom 9. und 23. Maj 1953.

Aus den Dokumenten geht hervor, dass aus dem Nachlass der Ester Axelson-Iohnson keine Forderung an Sie besteht zufolge des Darlehens im Betrage von RM 60.000.-. Hat aber der Nachlass nicht eine Forderung an Sie von RM 12.000.-, welcher Betrag in Punkt 4 des Darlehensvertrages angegeben ist?

Aus der Uebertragungsurkunde vom 29.9. 1940 geht hervor, dass Frau Harriette Starkenberg, sowie Ihre Töchter Kristina und Birgitta, zusammen eine Forderung von RM 50.000 an Sie haben. Wie soll diese Forderung geregelt werden? Frau Starkenberg hat mich beauftragt, diese Forderung per den 1. Januar 1954 zu kündigen. Falls alles in Ordnung ist, bitte ich Sie mir diese Kündigung zu bestätigen und mir wenn möglich einen Vorschlag zu unterbreiten, auf welche Weise die Bezahlung geregelt werden kann.

Hochachtungsvoll

Fritz Ulrich

Agfa-Copyrapid

Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Agfa-Copyrapid

Copyrapid

3. Juni 1953

ab 5./6.13

Dr. O./Z.
- 708 -

Herrn
Direktor Wilhelm C.H. Graef
Grosskarlbach/Rheinpfalz
Rheinmühle

Sehr geehrter Herr Graef !

Ich bestätige bestens dankend den Eingang des Honorar Betrags
von DM 442.-- in der Darlehenssache. Wie bereits mitgeteilt,
stehe ich Ihnen zu Rückfragen in dieser Sache jederzeit gerne
ohne Nachberechnung zur Verfügung.

Mit freundlicher Begrüßung !

9
(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

ms 2/16 13

1. V. 53

18.3.53

7. VI. 53

ab 18.3.53

Herrn

Direktor Wilhelm C.H. Graef ~~DA~~

Dr. O./O.

-708/48-

Grosskarlbach/Rheinpfalz
Rheinmühle

Sehr geehrter Herr Graef!

Unser Büro hat Sie in den Jahren 1948 und 1949 und wieder 1951 in der Frage der Umstellung eines Darlehens Ihrer Frau Schwiegermutter beraten, und wir bitten Sie um Ihr Verständnis, wenn wir heute unsere Kosten für unsere Bemühungen abrechnen wollen.

Es handelte sich um die Frage, ob ein Darlehen von RM 60.000,-- im Verhältnis 10 RM zu 1 DM oder von 10 RM zu 1 DM umzustellen ist. Geschäftswert war also der Betrag von rund DM 54.000,--. Hieraus berechnen wir für unsere gesamten Bemühungen eine Gebühr nach der Gebührenordnung für Rechtsanwälte in Höhe von

zuzüglich 4% Umsatzsteuer

mithin insgesamt

DM 425,--

DM 17,--

DM 442,--

=====

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns diesen Betrag in nächster Zeit auf eines der oben bezeichneten Konten überweisen würden.

Falls Sie zu dieser Angelegenheit noch irgendeine Rückfrage haben, werden wir Ihnen selbstverständlich ohne besondere Nachberechnung zur Verfügung stehen.

Mit freundlicher Begrüssung

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Vol. 18. 3. 23.

Mr. J. B.
- 10 -

Director - William H. Hall

2. Chamberlain, William H.

Dear Sir:

I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 15th inst. and in reply to inform you that the same has been forwarded to the proper authorities for their consideration.

As regards the amount of the bill, of the 15th inst. of \$10,000, it is very much in excess of the amount of the bill of the 10th inst. of \$5,000, and it is not possible to pay the same at this time.

\$10,000.00

\$5,000.00

\$5,000.00

\$5,000.00

\$5,000.00

I am, Sir, very respectfully,
Your obedient servant,
Wm. H. Hall

I am, Sir, very respectfully,
Your obedient servant,
Wm. H. Hall

Very respectfully,
Wm. H. Hall

(Wm. H. Hall)
Secretary

1. X. 57
1. X. 57 ✓

Mannheim, den 17. August 1951

Dr.O./Z.

- 708 -

425. —

A k t e n n o t i z

100.000
6.000
94.000 —

Besprechung mit Herrn Direktor Graef von Kühne, Kopp & Kausch.

Herr Graef fährt morgen nach Schweden und möchte die Darlehensangelegenheit mit seiner geschiedenen Frau, jetzt Frau Starkenberg, regeln, vor allem deshalb, um zu vermeiden, daß Frau Starkenberg durch die Geltendmachung ihrer Forderung zu einem ungeeigneten Zeitpunkt ihn zwingen könnte, seine Aktien der Kühne, Kopp & Kausch A.G. zu veräußern, womit eine bestimmte Mehrheit verloren ginge. Es stand deshalb für Herrn Graef im Vordergrund die Frage, ob die Forderung seiner Frau auf 10% abgewertet sei. Ich habe ihm dargelegt, daß eine Anwendung der bevorzugten Umstellung für Auseinandersetzungsregelungen gem. § 18 Ziff. 2 des Umstellungsgesetzes für den vorliegenden Fall unwahrscheinlich sei. Nach dem jetzigen Stand der Rechtsprechung sei dies ausgeschlossen und die künftige Entwicklung werde eine solche Auffassung ebenfalls nicht hervorbringen können. Nach meiner Ansicht handelt es sich bei der Transaktion zwischen Frau Starkenberg und ihrer Mutter um ein Familienabkommen, nicht aber bei der Darlehensgewährung seiner Frau an ihn, denn ein solches Darlehen hätte ihm genau so gut ein Dritter gewähren können. An dem Bestand dieser Forderung habe sich durch seine Scheidung nichts geändert, sodaß auch nicht von einer Auseinandersetzung zwischen Ehegatten anläßlich der Ehescheidung die Rede sein könne. Auch der Gedanke der vorweggenommener Erbfolge kann nicht so weit führen, daß ein von der Ehefrau dem Ehemann gewährtes Darlehen umstellungsrechtlich deshalb anders behandelt werden soll, weil sich bei einer Erbfolge der Kinder der Ehegatten Schuld und Forderung aufheben würden.

Der einzige Gesichtspunkt unter dem Frau Starkenberg eine höhere Aufwertung verlangen könnte, ist derjenige des § 15 UG, da Frau Starkenberg schwedische Staatsangehörige ist (es müßte noch geklärt werden, seit wann sie diese Staatsangehörigkeit besitzt). Ich habe Herrn Graef die Regelung des § 15 in der

neuesten Fassung bekanntgegeben, woraus Herr Graef entnahm, daß er kein großes Risiko eingehen werde, da der Staat für eine evtl. höhere Aufwertung einzustehen hat.

Es wurden dann noch einige Devisenrechtliche Fragen behandelt, die aber nur für den Fall aktuell gewesen wären, daß eine Regelung der Darlehensangelegenheit jetzt schon erfolgen sollte. Herr Graef hatte nämlich einmal mit dem Gedanken gespielt, daß Frau Starkenberg aus der Erbschaft ihres Sohnes Peter nach Frau Jonsohn verweg befriedigt werden könnte. Dabei tauchte die Frage auf, ob im Fall einer Erbschaft schwedischen Vermögens der Sohn Peter, der inländischer Staatsangehöriger ist, verpflichtet sei, diesen Erbanfall nicht nur zu melden, sondern auch abzuliefern, d.h. nach Deutschland hinein zu transferieren. Ich habe erklärt, daß nach der formellen Regelung des Gesetzes Nr. 53 dies allerdings der Fall sei, daß ich aber erst feststellen müßte, ob nicht in solchen Fällen eine Ausnahmegenehmigung erteilt wird. Ich versprach, dies bei Gelegenheit zu klären.

Herr Graef will nunmehr versuchen, Frau Starkenberg, die er in Schweden treffen wird, dazu zu bewegen, daß sie ihre Forderung gegen ihn an den Sohn Peter schenkungsweise abtritt. Es wurde der Entwurf eines Schenkungs- und Abtretungsangebots der Frau Starkenberg besprochen, der in Schweden möglichst notariell beglaubigt vollzogen werden soll. Zu der Annahme dieser Schenkung und Abtretung durch den Sohn Peter wäre dann eine besondere Genehmigung der Bank deutscher Länder einzuholen, die mit größter Wahrscheinlichkeit erteilt werden wird. Da der Sohn Peter erst 15 Jahre alt ist und deshalb von seinem Vater vertreten wird, muß geprüft werden, ob der Vater nicht hier an der Vertretung behindert ist, weil es sich um eine Rechtsgeschäft zwischen seinem Sohn und seiner Frau handelt. Ich habe im Augenblick in der Kommentarliteratur nicht feststellen können, ob die sich hieraus ergebende Notwendigkeit

einer Pflegerbestellung auch für den Fall gilt, daß das Rechtsgeschäft mit der geschiedenen Ehefrau getätigt wird. Diese Frage bedarf also noch der Prüfung (§ 1795 BGB).

Schließlich haben wir nur noch theoretisch diskutiert, ob das Kontrollratsgesetz Nr.5 auf einen solchen Erbanfall Anwendung finden wird, was ich bezweifelte, da meines Erachtens dieses Gesetz nur für deutsches Vermögen im Ausland gilt, das zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens bereits deutschen Staatsangehörigen zustand. Diese Frage soll ebenfalls noch geprüft werden.

Dr.Otto

1. The first part of the report is a general statement of the purpose of the study.

2. The second part of the report is a description of the methods used in the study.

3. The third part of the report is a description of the results of the study.

4. The fourth part of the report is a discussion of the results of the study.

5. The fifth part of the report is a conclusion of the study.

6. The sixth part of the report is a list of references.

7. The seventh part of the report is a list of appendices.

8. The eighth part of the report is a list of figures.

9. The ninth part of the report is a list of tables.

10. The tenth part of the report is a list of footnotes.

11. The eleventh part of the report is a list of acknowledgments.

12. The twelfth part of the report is a list of abbreviations.

13. The thirteenth part of the report is a list of symbols.

14. The fourteenth part of the report is a list of units.

15. The fifteenth part of the report is a list of definitions.

16. The sixteenth part of the report is a list of acronyms.

17. The seventeenth part of the report is a list of initialisms.

18. The eighteenth part of the report is a list of contractions.

19. The nineteenth part of the report is a list of abbreviations.

20. The twentieth part of the report is a list of symbols.

21. The twenty-first part of the report is a list of units.

22. The twenty-second part of the report is a list of definitions.

23. The twenty-third part of the report is a list of acronyms.

24. The twenty-fourth part of the report is a list of initialisms.

25. The twenty-fifth part of the report is a list of contractions.

26. The twenty-sixth part of the report is a list of abbreviations.

27. The twenty-seventh part of the report is a list of symbols.

28. The twenty-eighth part of the report is a list of units.

29. The twenty-ninth part of the report is a list of definitions.

30. The thirtieth part of the report is a list of acronyms.

31. The thirty-first part of the report is a list of initialisms.

32. The thirty-second part of the report is a list of contractions.

33. The thirty-third part of the report is a list of abbreviations.

34. The thirty-fourth part of the report is a list of symbols.

35. The thirty-fifth part of the report is a list of units.

36. The thirty-sixth part of the report is a list of definitions.

37. The thirty-seventh part of the report is a list of acronyms.

38. The thirty-eighth part of the report is a list of initialisms.

39. The thirty-ninth part of the report is a list of contractions.

40. The fortieth part of the report is a list of abbreviations.

Herrn Dr. O t t o

17.8.51
Sch.

Herr Dir. G r a e f von Kühnle, Kopp & Kausch bittet, zwischen 11 - 12 Uhr angerufen zu werden. Herr Graef steht vor einer Schwedenreise und möchte noch auf unserem Büro Einsicht in seine Akten nehmen. (Tel.: Frkthal 2111).

Herrn Dr. C. J. O.

17.8.21

1902.

Herrn Dr. C. J. O. von Kühle, Kopp & Kühle, Kühle
II - 12 Uhr angelassen zu werden. Herr C. J. O. ist vor-
reise und möchte noch ein bisschen in seine
(Teil: Kühle 211).

Herrn Dr. O t t o

17.8.51

Herr Dir. G r a e f kommt heute um 15 Uhr.

Wagt also die Praxis in Bezug auf
Hilfsleistung und -leistung zu stehen,
die nicht an dem anfallen?

Letter No. 10 to 10

17.8.21

Letter No. 10 to 10. 17.8.21. 17.8.21.

A k t e n n o t i z

Betr.: Hinterlassenschaft Frau Ester Ax:son Iohnson

Das Testament vom 13.5.1947 setzt sieben Vermächtnisse aus an Verwandte von Frau Iohnson und bestimmt im übrigen, daß ihr sonstiges Vermögen nach dem Gesetz verteilt werden soll. Testamentsvollstrecker ist Herr Fritz Ulrich.

Am gleichen Tag hat Frau Ester Ax:son Iohnson einen Schuldbrief ausgestellt, der nach meiner Übersetzung wie folgt lautet:

" Meinem Enkel Hans-Peter Graef bezahle ich
drei Monate nach Kündigung, welche Kündigung
jedoch von Seiten meines Enkels nicht Bezahlung
zu meiner Lebenszeit fordern darf, 40.000,-- Kronen
mit 2 % jährlichen Zinsen."

Hans-Peter Graef hat also statt eines Vermächtnisses im Testament eine Forderung an den Nachlaß, die ihn offensichtlich seinen beiden Schwestern, die Schmuck erhalten haben, gleichstellen soll.

17.8.1951 Dr.K/Wb

Betr.: Hinterlassenschaft Frau Vater Ax:son Johnson

Das Testament vom 15.5.1947 setzt sieben Vermächtnisse aus an Verwandte von Frau Johnson und bestimmt im Übrigen, daß ihr sonstiges Vermögen nach dem Gesetz verteilt werden soll. Testamentvollstrecker ist Herr Fritz Ulrich.

Am gleichen Tag hat Frau Vater Ax:son Johnson einen Schuldbrief ausgestellt, der nach meiner Übersetzung wie folgt lautet:

"Meinem Onkel Hans-Peter Graef bezahle ich drei Monate nach Kündigung, welche Kündigung jedoch von Seiten meines Onkels nicht Bezahlung zu meiner Lebenszeit fordern darf, 40.000.-- Kronen mit 2 jährlichen Zinsen."

Hans-Peter Graef hat also statt eines Vermächtnisses im Testament eine Forderung an den Nachlaß, die ihm offensichtlich seinen beiden Schwestern, die Schmock erhalten haben, gleichstellen soll.

17.8.1951 Dr. A. W.

Mannheim, den 2. Dez. 1949.
Dr.G./S.
- 708 -

1. VI 51 ✓
7. VI 51 ✓
7. VII 51 ✓
15. VIII 51 ✓
A k t e n n o t i z .

Betr.: Dipl.Ing. Wilhelm C.H. G r a e f .

Wegen Erbfolge

1.) Wegen der Umstellung der Forderungen der Frau Starkenberg und ihrer Kinder gegen Herrn Graef wird man an der im Schriftsatz vom 28.7.48 vertretenen Auffassung von Herrn Dr. Otto festzuhalten haben. Bei reinen RM-Forderungen, die nichts mit einer Auseinandersetzung im weiteren Sinne zwischen Ehegatten oder zwischen Eltern und Kindern zu tun haben, erfolgt die Umstellung der Forderung ihrem Wesen nach (vgl. Binder-Wetter Reinbothe "Die Währungsreform" Band II 2 S. 206). Daß der Begriff "Auseinandersetzung" in § 18 Abs. 1 Nr. 3 nicht in der bisher üblichen Terminologie des BGB gefaßt werden kann, sondern einer weiteren Auslegung bedarf, muß jetzt als feststehend angenommen werden (vgl. Harmening-Duden Anm. 18 zu § 18 UG). Zu einer Umstellung 1 : 1 könnte man demnach unter diesem weiteren Begriff der Auseinandersetzung kommen, wenn man unterstellen will, daß das Darlehen seinerzeit von der Schwiegermutter an Herrn Graef als Ausstattung bzw. Aussteuer für ihre Tochter gedacht war. Aus den Akten ergibt sich für eine solche Auslegung jedoch nichts. Vielmehr ist davon auszugehen, daß es sich ursprünglich um eine reine Darlehensforderung gehandelt hat, sodaß auch eine etwaige spätere Änderung dieses Schuldverhältnisses in ein familienrechtliches für die Umstellung der Forderung ohne Belang ist (vgl. Boesebeck NJW 48, 512).

2.) Viel wichtiger aber ist die evtl. auftretende Frage der Rückzahlung des Darlehens an Frau Starkenberg und ihre Kinder in schwedischen Kronen. Hierzu ist eine Klärung der zivilrechtlichen Vorgänge notwendig, wie sie bereits im Schreiben vom 6.4.48, das von Herrn Dr. Cartellieri verfaßt wurde, vorgenommen ist. Ich habe diesen Ausführungen nur hinzuzusetzen, daß man meiner Meinung nach auch von einem Forderungskauf durch Frau Starkenberg von ihrer Mutter reden kann. Ob es sich nun wirklich um einen Forderungskauf handelt oder um eine Schenkung seitens der Schwiegermutter von Herrn Graef, wie sich aus deren Schreiben vom 29.9.40 ergibt, immer liegt eine Forderungsabtretung an Frau Starkenberg in Höhe von RM 30 000.-- und an ihre drei Kinder in Höhe von je RM 10 000.-- vor. Das Schuldverhältnis, so wie es durch die Darlehensurkunde vom 9.11.37 begründet wurde, ist also dasselbe geblieben. Eine Prüfung des auf das Darlehen anzuwendenden Rechts ergibt, daß es mangels einer Parteivereinbarung dem Recht des Wohnsitzes des Schuldners, also deutschem Recht, unterliegt. Das deutsche Recht bestimmt auch das Währungsstatut, sodaß in deutscher Währung auch die Rückzahlung erfolgen muß (Melchior "Die Grundlagen des deutschen IPR" S. 287). Ich weise aber auf Ziff. 3 des Darlehensvertrages vom 9.11.37 hin, in dem es heißt: "Die Rückzahlung erfolgt auf Grund der dann gültigen devisenrechtlichen Bestimmungen". Die Gegenseite könnte u.U. auf den Gedanken verfallen, aus dieser Ziff. 3 herauszulesen, daß eine ausdrückliche Vereinbarung der Rückzahlung in einer Fremdwährung erfolgen sollte. Einer solchen Auslegung ist entgegenzuhalten, daß sich aus dieser Bestimmung lediglich Anhaltspunkte für die Transferierung ins Ausland ergeben sollen, nicht aber die

Rückzahlung selbst in fremder Währung vereinbart worden sei; denn letztere hätte einer ausdrücklichen Aufnahme in den Darlehensvertrag bedurft.

Selbst wenn Frau Starkenberg ein Anspruch aus §§ 670, 256 BGB zusteht, kommt eine Zahlung nur in deutscher Währung in Betracht - vorausgesetzt wieder, daß Obligationsstatut (oder lex causae) das deutsche Recht ist. Denn bei der Verpflichtung des Auftraggebers (in der Paragraphenfolge ist nach meiner Ansicht § 683 BGB ergänzend an den Anfang zu stellen), dem Beauftragten die Barauslagen zu ersetzen, handelt es sich um eine einfache Auswirkung des Schuldverhältnisses. Die Aufwendungen sind auf den Zeitpunkt der etwa in ausländischer Währung gemachten Auslagen umzurechnen und zu ersetzen (vgl. Neumeyer, ^{Intern. Verh. Recht} ~~siehe~~ ^{oben}, S. 164). Auch RGZ 106, 99 stellt sich auf diesen Standpunkt, wobei es einen deutschen Erfüllungsort (also deutsches Recht ist die lex causae) voraussetzt und dadurch die Umrechnung der in ausländischer Währung erfolgten Aufwendung über § 244 BGB in deutsche Währung vornimmt. - Da auch auf vorliegende Darlehensforderung deutsches Recht anzuwenden ist, dürfte auch einem Anspruch der Frau Starkenberg aus § 670 BGB mit Erfolg entgegengetreten werden können.

Jonckheere

23. Juli 1948.

Dr. G./M.
- 708 -

Herrn

Wilhelm C.H. Graef
Diplom-Ingenieur

(2b) Grosskarlbach/Rheinpfalz
Reinmühle.

Sehr geehrter Herr Graef !

Wir haben Ihre Anfrage vom 7. Juli 1948 einer eingehenden Prüfung unterzogen und können Ihnen leider wegen der noch unklaren Rechtslage in bezug auf die Auslegung gerade der Bestimmung des § 18 (1) Ziff. 3 des Umstellungsgesetzes nur eine vorläufige Auskunft geben.

Auf Grund Ihrer bisherigen Informationen sind wir ja immer zu dem Ergebnis gekommen, dass man doch aller Wahrscheinlichkeit nach an dem Standpunkt, es handle sich um keine Devisen^{forderung}, sondern eine Reichsmark-Forderung, festhalten kann.

Nach § 16 des dritten Währungsgesetzes (Umstellungsgesetz) sind nunmehr alle Reichsmark-Forderungen grundsätzlich im Verhältnis 10 RM zu 1 DM umzustellen, wenn nicht in den nachfolgenden Bestimmungen etwas anderes festgelegt ist. Die Bestimmung des § 18 (1) Ziff. 3 sieht nun vor, dass Verbindlichkeiten aus der Auseinandersetzung zwischen Gesellschaften, Miterben, Ehegatten, geschiedenen Ehegatten, Eltern und Kindern im Verhältnis von 1 RM zu 1 DM umzustellen sind. Ob diese Bestimmung in Ihrem Falle Anwendung finden kann, erscheint uns sehr zweifelhaft. Wir haben uns in letzter Zeit sehr intensiv mit der Auslegung dieser

Handwritten notes at the top of the page, including a date "1.1.1941" and some illegible scribbles.

Handwritten note: "1. 1. 1941"

Main body of handwritten text, appearing to be a letter or report. The text is written in German and is mostly illegible due to fading and bleed-through. Some legible fragments include:
"Sehr geehrter Herr..."
"Ich habe..."
"Mit freundlichen Grüßen..."
"Yours faithfully..."
There are several lines of text that are completely illegible.

Handwritten word: "Forderung"

Handwritten signature and date: "1.1.1941" and "H. H. H."

Regelung befasst und auch vor einigen Tagen Gelegenheit genommen, uns darüber mit dem Chefsyndikus der Bank deutscher Länder, der selbst bei der Abfassung der Währungsgesetze mitgewirkt hat, zu unterhalten. Dieser Sachverständige hat uns bestätigt, dass die oben angezogene Bestimmung weitherzig auszulegen sei und dass der hier verwendete Begriff der Auseinandersetzung jedenfalls erheblich weitergeht, als der bisher in unserem Zivilrecht verwandte gleichlautende Begriff, der lediglich die Teilung von Gemeinschaftsvermögen zur gesamten Hand, zu Bruchteilseigentum oder in wirtschaftlichem Eigentum im Auge hat. Die Aufzählung der verschiedenen Fälle zeigt aber, dass dieser engere Begriff auf die vorliegende Regelung keine Anwendung finden kann, da kraft Gesetzes ein Gemeinschaftsvermögen zum Beispiel zwischen Eltern und Kindern nicht denkbar ist, sondern nur ein solches kraft Vertrages oder Erbanges, also in Fällen, die bereits aufgezählt sind als Auseinandersetzung zwischen Gesellschaftern und Miterben, sodass es der besonderen Erwähnung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern nicht bedurft hätte, wenn man nicht etwas anderes im Auge gehabt hätte, als auf Grund der überkommenen Zivilrechtsgesetze an Rechtsinstituten bereits bekannt ist.

Entscheidend scheint es uns aber darauf anzukommen, aus welchem Rechtsgrund und unter welchen Umständen die in Frage stehende Forderung ursprünglich zustande gekommen ist, nicht darauf, welches Schicksal diese Forderung später gehabt hat, insbesondere dass sie vielleicht einmal zum Gegenstand einer Auseinandersetzung im Sinne des Umstellungsgesetzes gemacht worden ist. Im vorliegenden Falle handelt es sich dem Ursprung nach um eine Darlehensgewährung seitens Ihrer Frau Schwiegermutter, Frau Ester Ax:son Johnson an Sie. Es wäre höchstens von Bedeutung, wenn dieses Darlehen zwecks Gewährung einer Ausstattung an die Tochter der Frau Ax-son Johnson ge-

währt worden wäre . Da dies aber nicht der Fall ist und es sich vielmehr um Vermögen handelt, das seinem Ursprung nach von vornherein Ihrer ehemaligen Frau Gemahlin zustand, so ist das Rechtsverhältnis als eine Darlehensgewährung seitens Ihrer ehemaligen Frau Gemahlin an Sie zum Zwecke des Erwerbes einer Beteiligung an KKK-AG. zu betrachten . Nach der Ansicht des Chefsyndikus der Bank deutscher Länder fallen nicht alle Rechtsverhältnisse, die zwischen den in § 18 (1) Ziff.3 aufgezählten Personen einmal zustande gekommen sind , unter diese Sonderbestimmung, sondern nur diejenigen , die lediglich im Hinblick auf den Verwandtschaftsgrad oder auf das Vorhandensein von Gemeinschaftsvermögen eingegangen wurden . Hier zeigt sich ein allerdings noch recht zweifelhafter Anknüpfungspunkt zu Gunsten einer Umstellung im Verhältnis von 1 RM zu 1 DM. Ob man diesen Standpunkt in der Zukunft mit Erfolg wird vertreten können , muss erst die Entwicklung der Praxis zeigen , wenn nicht sogar noch Ausführungsbestimmungen ergehen , aus denen die notwendigen Schlüsse gezogen werden können . Wegen der Zweifelhaftheit aller dieser Konstruktionen möchten wir aber zunächst einmal den Standpunkt einnehmen, dass das Darlehen mangels Eingreifens einer Sonderregelung gemäss § 16 des Umstellungsgesetzes im Verhältnis von 10 RM zu 1 DM umzustellen ist .

Dieser Abwertungsgewinn wäre allerdings im kommenden Lastenausgleich zu berücksichtigen . Ob er in voller Höhe oder nur zu dem im Lastenausgleich allgemein vorzusehenden Prozentsatz abzuführen ist , oder ob er gar mit etwaigen ~~anderen~~ Abwertungsverlusten , die Sie erlitten haben , zu saldieren sein wird , kann heute noch nicht vorausgesehen werden , da die mit der Ausarbeitung

des Lastenausgleichsgesetzes befassten Gremien sich selbst noch nicht einmal über die Grundsätze, geschweige denn über die Einzelregelungen des Lastenausgleichs im klaren sind .

Wir werden die Angelegenheit weiter im Auge behalten und Ihnen zu gegebener Zeit eine ergänzende Stellungnahme zukommen lassen .

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt

Die ...
...
...
...
...
...

...
...

...
...

Rufnummer P.C.

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt am Landgericht Mannheim
und Steuerberater

Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwalt am Landgericht Heidelberg

①7a HEIDELBERG, den 20. Juli 1948.
Büro: Neuenheimer Landstrasse 4
Telefon 4565
Wohnung Dr. Heimerich: Moltkestrasse 33a
Bankkonto: Südwestbank, Filiale Heidelberg
Dr. C./M.
- 708-

Herrn

Wilhelm C.H. Graef
Diplom-Ingenieur

(22b) Grosskarlbach /Rheinpfalz.
Rheinmühle .

Sehr geehrter Herr Graef !

Auf Ihre Anfrage vom 7. Juli 1948 haben wir geprüft, wie die Darlehensforderung Ihrer früheren Gattin und Ihrer beiden Töchter nach dem Währungsumstellungsgesetz zu behandeln ist. Im Gegensatz zu Ihrer Meinung sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass diese Forderung wie jede Darlehensverbindlichkeit im Verhältnis 10 : 1 abzuwerten ist. Eine Umstellung der Forderung im Verhältnis 1 : 1 käme unseres Erachtens nur in Frage, wenn diese Forderung anlässlich einer Auseinandersetzung nach der Ehescheidung in Anrechnung dieser allgemeinen Auseinandersetzung nochmals festgelegt worden wäre. Dann könnte man die Forderung als " Auseinandersetzungsanspruch zwischen Ehegatten " im Sinne von § 18 (1) Ziff. 3 des Umstellungsgesetzes ansehen. Liegt diese Auseinandersetzung nicht vor, dürfte es aber bei der Abwertung 10 : 1 bleiben. Zu dieser Abwertung wird zu bedenken sein, dass hieraus eventuell ein Währungsgewinn entsteht, der beim kommenden Lastenausgleich erfasst werden wird. Die Regelung des Lastenausgleichs lässt sich im einzelnen noch nicht voraussehen, es ist aber anzunehmen, dass man sich bei Abwertung der Darlehensforderung auf ein Zehntel auch unter Berücksichtigung der späteren Erfassung eines Abwertungsgewinns günstiger stehen wird, als bei voller Umstellung

der Darlehensforderung im Verhältnis 1 : 1. Sobald über den Lastenausgleich weitere Klarheit besteht, werden wir auf die Frage erneut zurückkommen.

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener

Rechtsanwalt

Dr. Dr. h. c. Heimerich

Dr. Otto

durch

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt

WILHELM C. H. GRAEF
DIPLOM INGENIEUR

708 -
GROSSKARLBACH (WESTMARK) 7.7.48.
RHEINMÜHLE

Herrn
Dr. Dr. h. c. Herm. Heimerich
Heidelberg/N.
Neuenheimer Landstr. 4.

9. Juli 1948

Handwritten signature/initials

Betr. Dr. C./M. 708 - v. 6.4.48.

Die nunmehr eingetretene Währungsreform und die voraussichtlich per 20.6.48. notwendige Vermögensaufstellung zwingt die Frage auf, wie die Forderung von Frau Harriette Starkenberg und die meiner beiden Töchter bei einer Vermögensteuererklärung per 20.6. zu behandeln sind. Offensichtlich wird die Forderung meiner sz. Frau 1:1 bewertet. Dies hat den einzigen Vorteil, dass ich diese Forderung bei dem kommenden Lastenausgleich werde berücksichtigen können. Ich bin der Meinung, dass ich RM 30 000.- als Darlehen von Frau Starkenberg und je DM 10 000.- als Darlehen meiner beiden Töchter Birgitta und Kristina bei dem Vermögen absetzen kann.-

Ich bitte um gelegentliche Prüfung und Rückäußerung.-

Mit den besten Grüßen bin ich Ihr ergebener

W. C. Graef

17 - 18 - 19 - 20 - 21 - 22 - 23 - 24 - 25 - 26 - 27 - 28 - 29 - 30 - 31 - 32 - 33 - 34 - 35 - 36 - 37 - 38 - 39 - 40 - 41 - 42 - 43 - 44 - 45 - 46 - 47 - 48 - 49 - 50 - 51 - 52 - 53 - 54 - 55 - 56 - 57 - 58 - 59 - 60 - 61 - 62 - 63 - 64 - 65 - 66 - 67 - 68 - 69 - 70 - 71 - 72 - 73 - 74 - 75 - 76 - 77 - 78 - 79 - 80 - 81 - 82 - 83 - 84 - 85 - 86 - 87 - 88 - 89 - 90 - 91 - 92 - 93 - 94 - 95 - 96 - 97 - 98 - 99 - 100 - 101 - 102 - 103 - 104 - 105 - 106 - 107 - 108 - 109 - 110 - 111 - 112 - 113 - 114 - 115 - 116 - 117 - 118 - 119 - 120 - 121 - 122 - 123 - 124 - 125 - 126 - 127 - 128 - 129 - 130 - 131 - 132 - 133 - 134 - 135 - 136 - 137 - 138 - 139 - 140 - 141 - 142 - 143 - 144 - 145 - 146 - 147 - 148 - 149 - 150 - 151 - 152 - 153 - 154 - 155 - 156 - 157 - 158 - 159 - 160 - 161 - 162 - 163 - 164 - 165 - 166 - 167 - 168 - 169 - 170 - 171 - 172 - 173 - 174 - 175 - 176 - 177 - 178 - 179 - 180 - 181 - 182 - 183 - 184 - 185 - 186 - 187 - 188 - 189 - 190 - 191 - 192 - 193 - 194 - 195 - 196 - 197 - 198 - 199 - 200 - 201 - 202 - 203 - 204 - 205 - 206 - 207 - 208 - 209 - 210 - 211 - 212 - 213 - 214 - 215 - 216 - 217 - 218 - 219 - 220 - 221 - 222 - 223 - 224 - 225 - 226 - 227 - 228 - 229 - 230 - 231 - 232 - 233 - 234 - 235 - 236 - 237 - 238 - 239 - 240 - 241 - 242 - 243 - 244 - 245 - 246 - 247 - 248 - 249 - 250 - 251 - 252 - 253 - 254 - 255 - 256 - 257 - 258 - 259 - 260 - 261 - 262 - 263 - 264 - 265 - 266 - 267 - 268 - 269 - 270 - 271 - 272 - 273 - 274 - 275 - 276 - 277 - 278 - 279 - 280 - 281 - 282 - 283 - 284 - 285 - 286 - 287 - 288 - 289 - 290 - 291 - 292 - 293 - 294 - 295 - 296 - 297 - 298 - 299 - 300 - 301 - 302 - 303 - 304 - 305 - 306 - 307 - 308 - 309 - 310 - 311 - 312 - 313 - 314 - 315 - 316 - 317 - 318 - 319 - 320 - 321 - 322 - 323 - 324 - 325 - 326 - 327 - 328 - 329 - 330 - 331 - 332 - 333 - 334 - 335 - 336 - 337 - 338 - 339 - 340 - 341 - 342 - 343 - 344 - 345 - 346 - 347 - 348 - 349 - 350 - 351 - 352 - 353 - 354 - 355 - 356 - 357 - 358 - 359 - 360 - 361 - 362 - 363 - 364 - 365 - 366 - 367 - 368 - 369 - 370 - 371 - 372 - 373 - 374 - 375 - 376 - 377 - 378 - 379 - 380 - 381 - 382 - 383 - 384 - 385 - 386 - 387 - 388 - 389 - 390 - 391 - 392 - 393 - 394 - 395 - 396 - 397 - 398 - 399 - 400 - 401 - 402 - 403 - 404 - 405 - 406 - 407 - 408 - 409 - 410 - 411 - 412 - 413 - 414 - 415 - 416 - 417 - 418 - 419 - 420 - 421 - 422 - 423 - 424 - 425 - 426 - 427 - 428 - 429 - 430 - 431 - 432 - 433 - 434 - 435 - 436 - 437 - 438 - 439 - 440 - 441 - 442 - 443 - 444 - 445 - 446 - 447 - 448 - 449 - 450 - 451 - 452 - 453 - 454 - 455 - 456 - 457 - 458 - 459 - 460 - 461 - 462 - 463 - 464 - 465 - 466 - 467 - 468 - 469 - 470 - 471 - 472 - 473 - 474 - 475 - 476 - 477 - 478 - 479 - 480 - 481 - 482 - 483 - 484 - 485 - 486 - 487 - 488 - 489 - 490 - 491 - 492 - 493 - 494 - 495 - 496 - 497 - 498 - 499 - 500 - 501 - 502 - 503 - 504 - 505 - 506 - 507 - 508 - 509 - 510 - 511 - 512 - 513 - 514 - 515 - 516 - 517 - 518 - 519 - 520 - 521 - 522 - 523 - 524 - 525 - 526 - 527 - 528 - 529 - 530 - 531 - 532 - 533 - 534 - 535 - 536 - 537 - 538 - 539 - 540 - 541 - 542 - 543 - 544 - 545 - 546 - 547 - 548 - 549 - 550 - 551 - 552 - 553 - 554 - 555 - 556 - 557 - 558 - 559 - 560 - 561 - 562 - 563 - 564 - 565 - 566 - 567 - 568 - 569 - 570 - 571 - 572 - 573 - 574 - 575 - 576 - 577 - 578 - 579 - 580 - 581 - 582 - 583 - 584 - 585 - 586 - 587 - 588 - 589 - 590 - 591 - 592 - 593 - 594 - 595 - 596 - 597 - 598 - 599 - 600 - 601 - 602 - 603 - 604 - 605 - 606 - 607 - 608 - 609 - 610 - 611 - 612 - 613 - 614 - 615 - 616 - 617 - 618 - 619 - 620 - 621 - 622 - 623 - 624 - 625 - 626 - 627 - 628 - 629 - 630 - 631 - 632 - 633 - 634 - 635 - 636 - 637 - 638 - 639 - 640 - 641 - 642 - 643 - 644 - 645 - 646 - 647 - 648 - 649 - 650 - 651 - 652 - 653 - 654 - 655 - 656 - 657 - 658 - 659 - 660 - 661 - 662 - 663 - 664 - 665 - 666 - 667 - 668 - 669 - 670 - 671 - 672 - 673 - 674 - 675 - 676 - 677 - 678 - 679 - 680 - 681 - 682 - 683 - 684 - 685 - 686 - 687 - 688 - 689 - 690 - 691 - 692 - 693 - 694 - 695 - 696 - 697 - 698 - 699 - 700 - 701 - 702 - 703 - 704 - 705 - 706 - 707 - 708 - 709 - 710 - 711 - 712 - 713 - 714 - 715 - 716 - 717 - 718 - 719 - 720 - 721 - 722 - 723 - 724 - 725 - 726 - 727 - 728 - 729 - 730 - 731 - 732 - 733 - 734 - 735 - 736 - 737 - 738 - 739 - 740 - 741 - 742 - 743 - 744 - 745 - 746 - 747 - 748 - 749 - 750 - 751 - 752 - 753 - 754 - 755 - 756 - 757 - 758 - 759 - 760 - 761 - 762 - 763 - 764 - 765 - 766 - 767 - 768 - 769 - 770 - 771 - 772 - 773 - 774 - 775 - 776 - 777 - 778 - 779 - 780 - 781 - 782 - 783 - 784 - 785 - 786 - 787 - 788 - 789 - 790 - 791 - 792 - 793 - 794 - 795 - 796 - 797 - 798 - 799 - 800 - 801 - 802 - 803 - 804 - 805 - 806 - 807 - 808 - 809 - 810 - 811 - 812 - 813 - 814 - 815 - 816 - 817 - 818 - 819 - 820 - 821 - 822 - 823 - 824 - 825 - 826 - 827 - 828 - 829 - 830 - 831 - 832 - 833 - 834 - 835 - 836 - 837 - 838 - 839 - 840 - 841 - 842 - 843 - 844 - 845 - 846 - 847 - 848 - 849 - 850 - 851 - 85

Wm. D. P. 1892

Wilhelm C. H. Graef
Diplom-Ingenieur

Am 15.7.48
76.48 b ✓
(22 b) Großkarlbach, 31.5.48.
Rheinpfalz, Rheinmühle

2. Juni 1948

Herrn
Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstr.4.

Betr. Ihr Schr. Dr.C./M. - 708 - v.6.4.48.

Ich danke für Ihre Ausführungen. Leider steht über den damaligen Schriftwechsel zwischen meiner szt. Frau und ihrer Mutter nichts mehr zur Verfügung, da dieser ausschliesslich von meiner Frau geführt wurde, was die Schenkung betrifft.

Wesentlich erscheint mir jedoch, dass seinerzeit keinesfalls eine Devisenschuld für mich aus einer solchen Transaktion entstehen sollte. Nach dem damaligen devisenrechtlichen Bestimmungen hätte ich mich auch eines Vergehens gegen dieselben schuldig gemacht, wenn ich nicht zu einer solchen Massnahme die Zustimmung der Devisenstelle vorher eingeholt hätte. Ich muss unterstellen, dass es ernstlich Wille und Absicht meiner damaligen Frau gewesen ist ihren Kindern einen Teil des Geldes zukommen zu lassen und auf diesem Wege zu schenken. Eine hierzu Aufklärung bringende Rücksprache mit meiner früheren Schwiegermutter war leider noch nicht möglich, da ich zwar meine französ. Ausreisegenehmigung aber nicht die schwed. Einreisegenehmigung erhalten habe. Ich werde mich aber um diese Papiere weiter bemühen und würde sicherlich bei einer Aussprache mit Frau Ax:son Johnson Näheres erfahren können.-

Sonst ist zu diesem Vorgang im Augenblick nichts weiter zu bemerken. Wir werden die weitere Entwicklung abwarten müssen.

Mit freundlichen Grüßen

bin ich Ihr ergebener

W. C. H. Graef.

1875 / Am 15.6.2001
45. / 6
6.4.1948.

Dr.C./M.
- 708 -

Herrn

Direktor Wilhelm C.H. G r a e f
in Pa. J.G.Kühnle, Kopp und Kausch
F r a n k e n t h a l / Pfalz .

Sehr geehrter Herr Graef !

Auf Grund Ihres Schreibens vom 26.2.1948 nehmen wir an , dass Ihre frühere Gattin erst nach der Währungsreform wegen der Rückzahlung des streitigen Darlehens an Sie heran-treten wird . Ihr letztes Schreiben haben wir trotzdem schon einmal überprüft, da sich darin ja wesentliche neue Anga-ben über die Entstehungsgeschichte der Forderung befinden . Wie sich der Tatbestand jetzt darstellt, sind nach dem Tode des Vaters Ihrer früheren Ehefrau die 21.384.- skr, die Frau Ester Ax:son Johnson zur Darlehenshingabe an Sie auf-gewendet hatte, aus der Erbschaft Ihrer früheren Gattin zur Rückzahlung des Darlehensbetrages aufgewendet worden. Damit ist das Darlehen mit Einverständnis der Gläubigerin, Frau Ester Ax:son Johnson vorzeitig zurückgezahlt worden . Gemäss § 267 BGB konnte die Rückzahlung auch durch Ihre frühere Gattin erfolgen, sodass das ursprüngliche Schuldverhältnis nach § 362 BGB als erloschen anzusehen wäre, wenn nicht nun-mehr das Schreiben von Frau Ester Ax:son Johnson an Frau Harriette Graef vom 29.9.1940 noch der rechtlichen Würdi-gung bedürfte. Dadurch , dass Ihre frühere Gattin die 21.384 skr an Ihre Frau Schwiegermutter zurückvergütete, war die Forderung nicht kraft Gesetzes auf Ihre frühere Ehefrau übergegangen . Ihre Frau hat auf Grund ihrer Lei-stung vielmehr einen Anspruch gegen Sie auf Erstattung ihrer Aufwendungen gemäss der §§ 670, 256 BGB. Dieser Anspruch , der mit der Darlehensforderung nicht identisch ist, könnte

111
eine Forderung auf Erstattung des Betrages in schwedischen Kronen sein. Zweifelhaft ist, ob durch das Schreiben von Frau Ester Ax:son Johnson vom 29.9.1940 tatsächlich eine Schenkung zustande gekommen ist, zumal nach dem jetzt vorliegenden Tatbestand diese Schenkungserklärung wohl nur den Forderungsübergang von Frau Ester Ax:son Johnson auf Frau Starkenberg motivieren sollte. Von Ihrer Seite wird man aber u.E. den ganzen Schenkungsvorgang so betrachten müssen, als wenn im Einverständnis aller Beteiligten jedenfalls seinerzeit vereinbart worden ist, dass die nunmehrige Gläubigerin, Frau Starkenberg, je 10.000.- RM ihrer Forderung an ihre drei Kinder abgetreten hat und für sich selbst nur RM 30.000.- Forderung gegen Sie zurückbehielt. Die ausdrückliche Erwähnung der Beträge in Reichsmark in dem Schreiben von Frau Ester Ax:son Johnson an ihre Tochter, dem diese nicht widersprochen hat, werden wir weiter dahin auslegen müssen, dass auf jeden Fall keine Devisenforderung gegen Sie entstehen sollte und dass dies auch seinerzeit der ausdrückliche Wille von Frau Starkenberg war, als sie die Gläubigerrolle übernahm.

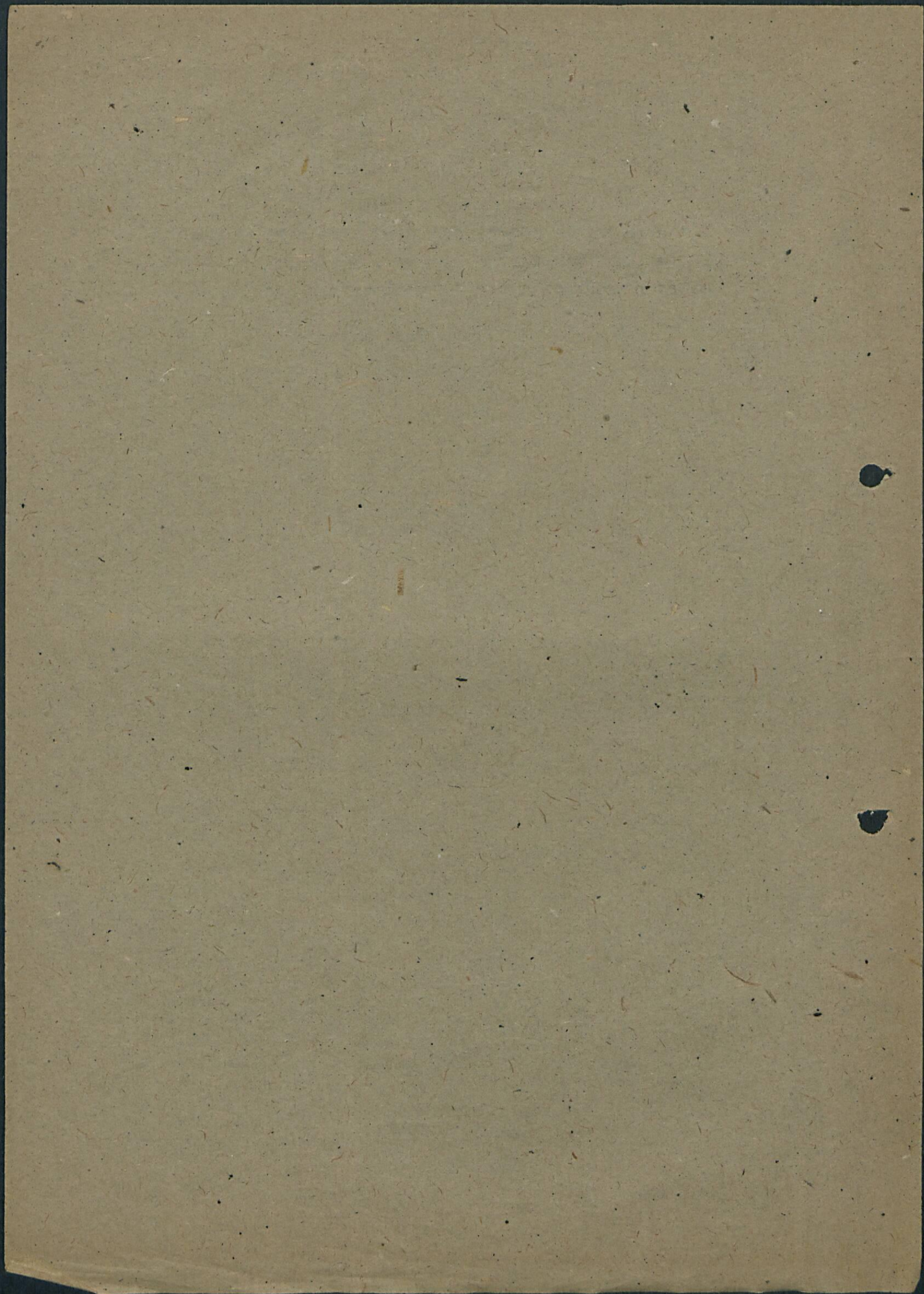
Ich möchte Ihnen vorstehende Erwägung nur heute schon mitteilen, da nach dem uns früher mitgeteilten Sachverhalt die Sache hinsichtlich der Frage: Devisenforderung oder Reichsmarkforderung im Sinne einer Reichsmarkforderung viel einfacher zu liegen schien. Es wäre nicht unwesentlich, wenn Sie vielleicht über die ganze Angelegenheit noch weitere Vorgänge, vielleicht auch Schriftwechsel mit Ihrer früheren Gattin oder Frau Schlegelmutter im Besitz hätten, damit wir uns vorbereiten, die Gesamtfrage nach der tatsächlichen Seite soweit zu klären, dass wir, wenn die Gegenseite mit ihren Ansprüchen einmal kommt, für eine fundierte Stellungnahme vorbereitet sind. Wann die Währungsreform kommt, können

wir auch nicht sagen, sie wird aber wohl nicht mehr
lange auf sich warten lassen . Wir sehen also Ihrer
gelegentlichen weiteren Stellungnahme entgegen .

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt



1937 Darby - 60 000.- Mk an Graaf für Rome

1940 Syenklänge (Abteilung in Karlsruhe) /

an	a / Flammste Graaf	30 000.- Mk
	of Haus Peter Graaf	10 000.- Mk
	of Brigitte / Graaf	10 000.- Mk
	di Krieger	10 000.- Mk
		<u>60 000.- Mk</u>

Erfassungsschelle 1941 speziell gemacht.

Mer Frau Graaf bestellte Syenklänge.

21 384 sk. May Fra Eva Axon

Ende May Tugl.

Sylenklänge.

Vergleiche Syenklänge
mit Syenklänge
Erfassungsschelle.

P 267 P 63 best. beinht.

Folz in best. P 362 Tieg, any in
Syenklänge

Niedrig a druck auf my best. Syenklänge
was Syenklänge. Was Syenklänge Syenklänge
any a druck in best. P 267

Schalt her Syenklänge. - any any a P 267 P 63,
was Syenklänge Syenklänge.

any any Syenklänge any P 267, P 63.

Abteilung.

Wilhelm C.H. Graef

(22b) Großkarlbach, den 26.2.1948
Rheinmühle

Herrn

Dr. Hermann Heimerich

(17a) Heidelberg

Neuenheimer Landstr. 4

4/10/48
28. Feb. 1948

Betr.: Ihr Schreiben vom 7.2.1948

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich!

Infolge starker geschäftlicher Inanspruchnahme komme ich leider erst heute zur Beantwortung Ihres obigen Schreibens.

Mit Ihren Ausführungen bezüglich der Darlehensschuld bestätigen Sie meine bereits meiner früheren Frau gegenüber vertretene Auffassung.

Bezüglich der Schenkung von Seiten der Frau Ester Ax:son Johnson erhalten Sie in der Anlage Abschrift der auszugsweisen Übersetzung des Schreibens von Frau Ester Ax:son Johnson an Frau Harriette Graef, Großkarlbach, vom 29.9.40. Das Original wurde seinerzeit mit Schreiben vom 18.1.41 an die Erbschaftssteuerstelle Kaiserslautern eingesandt, worüber ebenfalls Abschrift beigelegt ist.

Mein Hinweis vom 4.2.1948 bezüglich Berichtigung der Aktennotiz vom 16.1. war wie folgt zu verstehen:

Frau Ester Ax:son Johnson hat seinerzeit 21 384 skr aufgewendet, um mir ein Darlehen von RM 60 000.-- gewähren zu können. Nach dem Tode des von seiner Frau geschiedenen Vaters, meiner früheren Frau - 1940 - erbte meine Frau seinerzeit u.a. auch etwa 25 000 skr. Da sie als Reichsdeutsche und Deviseninländerin keine Auslandsguthaben haben konnte, hat sie aus dieser Erbschaft 21 384 skr an Frau Ester Ax:son Johnson vergütet, ohne daß dieser Devisenbetrag in Deutschland irgendwie in Erscheinung getreten wäre. Nachdem somit Frau Ax:son Johnson ihre seinerzeitigen Aufwendungen zurückvergütet erhalten hatte, ist praktisch Frau Harriette Graef nunmehr in das Darlehen eingetreten. Nach außen hin durfte dies aus devisenrechtlichen Gründen nicht in Erscheinung treten, weswegen Frau Johnson seinerzeit die bereits vorerwähnte "Schenkungs" durchgeführt hat.

Praktisch bedeutete dies, daß ich nunmehr steuerlich diese Darlehens-
~~forderung~~^{schuld} nicht mehr absetzen konnte und somit bei meiner Vermögens-

steuer voll veranlagte. Es bedeutet dies, daß Frau Harriette Graef bzw. die bei der "Schenkung" bedachten Kinder automatisch in den Darlehensvertrag zwischen Frau Johnson und mir eingetreten sind und, nachdem keine anderen Bedingungen ausgemacht wurden, der seinerzeit abgeschlossene Darlehensvertrag unverändert weiterlief.

Meine frühere Frau, jetzige Frau Starkenberg, macht nunmehr geltend, die Schenkung sei seinerzeit nur fiktiv gewesen; denn durch die Rückzahlung der 21 000 skr an Frau Johnson hätte sie ja praktisch die Devisen aufgebracht, die notwendig waren, um seinerzeit die Aktienbeteiligung bei KKK zu erwerben. Sie machte demzufolge geltend, daß ihr der ganze Darlehensbetrag d.h. auch der Anteil, der den Kindern formell "geschenkt" wurde, zusteht und ihrerseits keine Veranlassung bestünde, zu Gunsten der Kinder auf die seinerzeit übertragenen jeweils RM 10 000.-- zu verzichten; denn es sei dies ja nur eine steuerlich/taktische Maßnahme gewesen, die heute keinerlei Berechtigung mehr hat.

Frau Starkenberg hat sich wegen dieser von ihr erstrebten Darlehensrückzahlung in Berlin mit einem deutschen Rechtsanwalt beraten, der ihr empfohlen hat, zunächst die Währungsreform abzuwarten und dann durch einen schwedischen Anwalt darauf hinzuwirken, daß die von mir zu leistende Darlehensrückzahlung transferiert wird über in Schweden liegende beschlagnahmte deutsche Vermögenswerte. Eine Regelung vor der Währungsreform auf Papiermarkbasis wird auf jeden Fall abgelehnt.

Ich hoffe, Ihnen hiermit einigermaßen Klarheit gegeben zu haben und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener

Anlagen:

Schr. d. Frau Johnson an
Frau Graef v. 29.9.40
Schr. v. 18.1.41 an Erbschafts-
steuerstelle K'lautern

W. H. C. H. J. L. v. f.

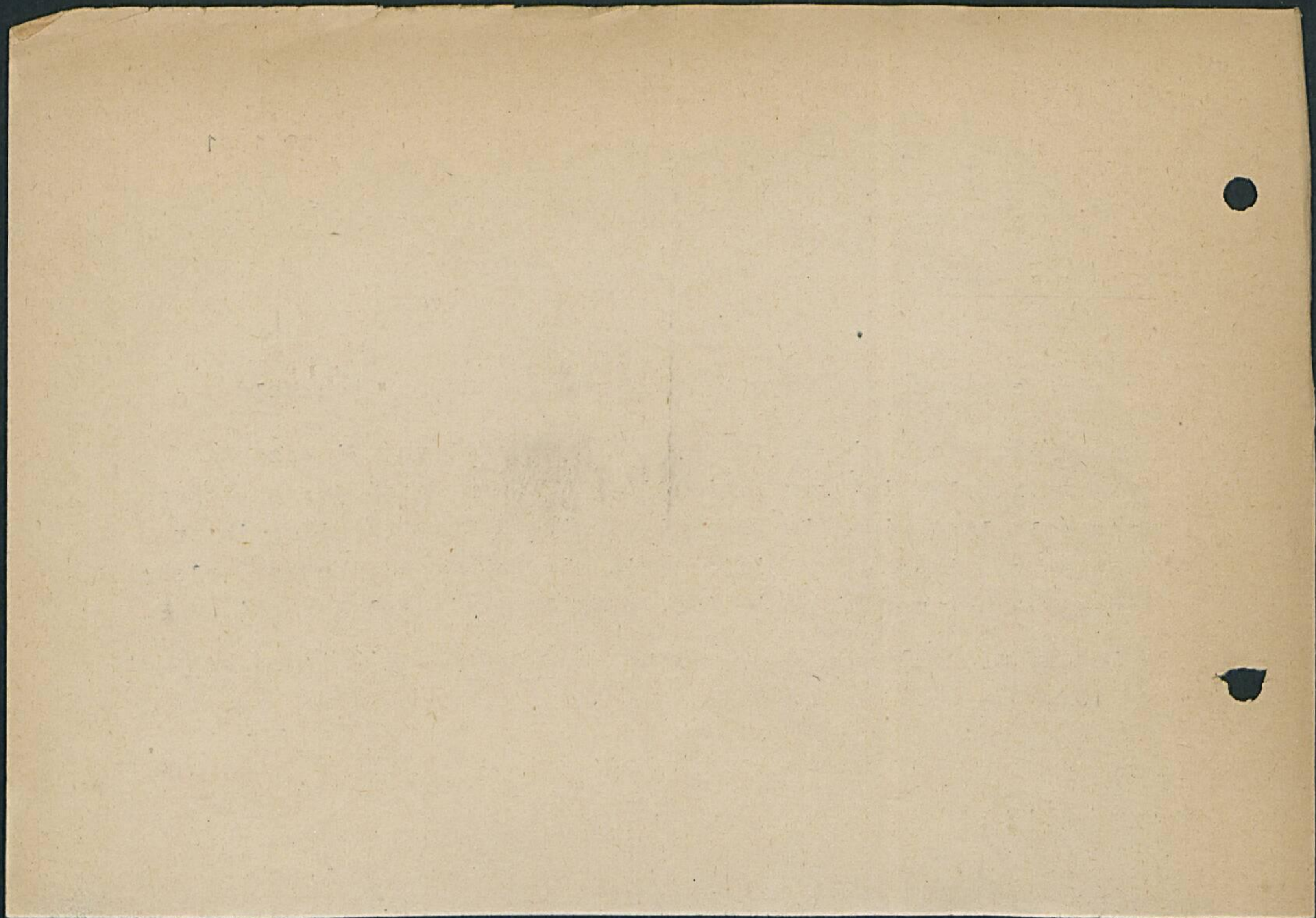
18.1.41

An die Erbschaftssteuerstelle
beim Finanzamt
Kaiserslautern

Betr.: Schenkung der Frau Ester Ax:son Johnson, Stockholm

Nach Rücksprache mit Herrn Reg. Rat Dr. Astel vom Finanzamt
Grünstadt melde ich Ihnen hiermit, daß Frau Ester Ax:son Johnson
Stockholm laut einem in Abschrift beigefügten Schreiben ihrer
Tochter und ihren Enkelkindern ein mir früher gewährtes Darlehen
geschenkt hat und hierbei eine Aufteilung wie folgt bestimmte:

Meine Frau erhält RM 30 000.-- und jedes der drei Kinder bekommt
RM 10 000.--.



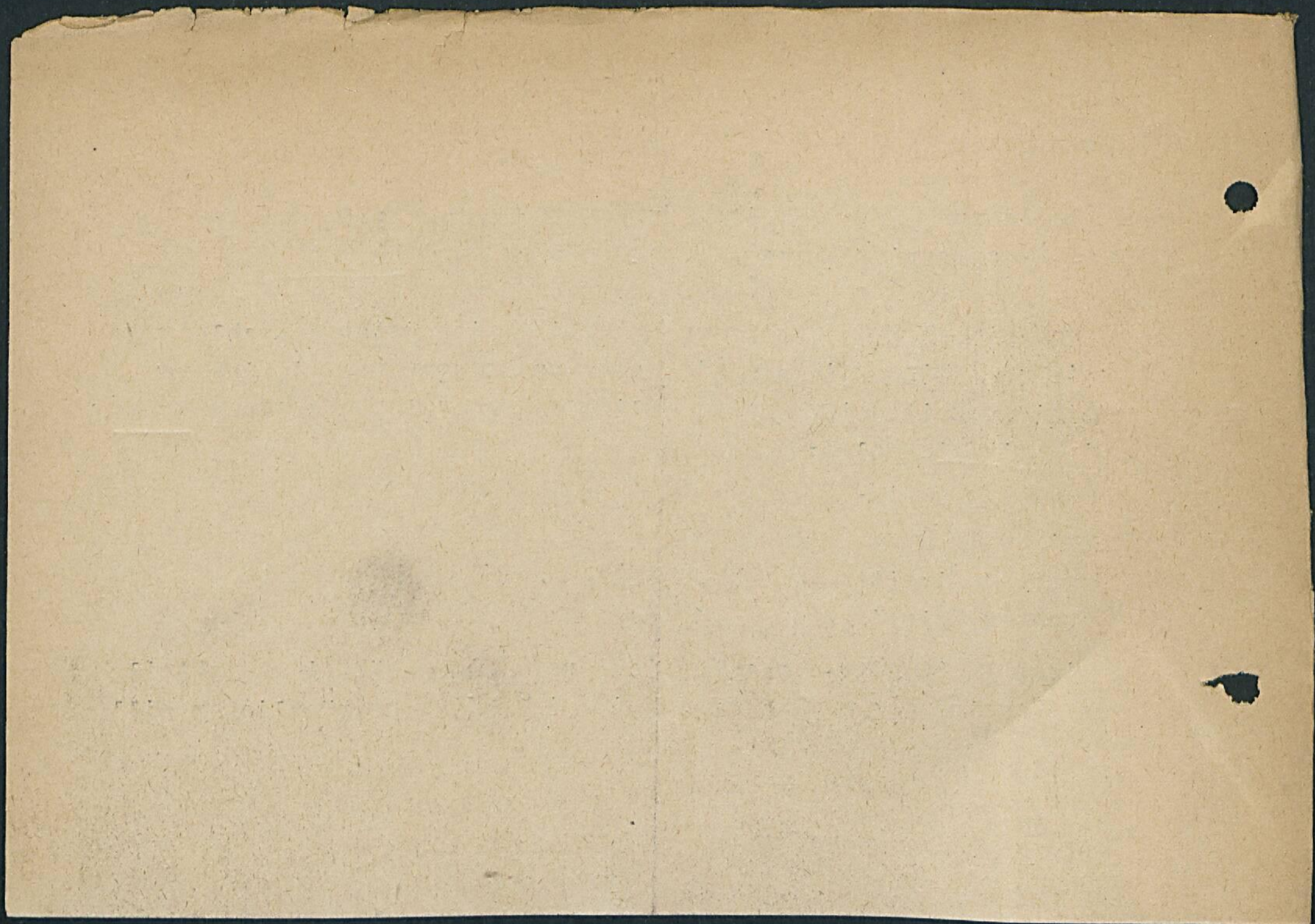
Abschrift

Übersetzung des Schreibens von Frau Ester Ax:son Johnson
an Frau Harriette Graef, Großkarlbach, vom 29.9.40.

Nach eingehender Überlegung habe ich mich jetzt entschlossen,
Dir und Deinen Kindern die Summe zu übertragen, die ich vor
einiger Zeit Deinem Manne geliehen habe. Die Aufteilung dachte
ich mir wie folgt:

Du bekommst selbst	RM 30 000.--
Dein Sohn Hans Peter	RM 10 000.--
Tochter Birgitta	RM 10 000.--
Tochter Kristina	RM 10 000.--

Diese RM 60 000.-- werden nicht von Deinem künftigen Erbteil
nach meinem Tode abgezogen. Dies ist mein ausdrücklicher Wille.



7. Februar 1948

Dr.C./Z.
-708-

Herrn Direktor
Wilhelm C.H. Graef
in Firma J.G.Kühnle, Kopp und Kausch
Frankenthal /Pfalz

Sehr geehrter Herr Graef!

Mit Bedauern haben wir aus Ihrem Schreiben vom 4.2.48 ersehen, daß es bei der Verhandlung mit Ihrer früheren Frau leider zu keiner Einigung gekommen ist. Der von Ihrer früheren Gattin vertretene Standpunkt, daß es sich bei dem Darlehen um eine Forderung in schwedischen Kronen handle, erscheint uns absolut abwegig. Aus der Darlehensurkunde vom 9. bzw. 11.11.37 ergibt sich klar, daß es sich um einen Reichsmarkbetrag gehandelt hat. Das ergibt sich auch aus dem Schreiben des Oberfinanzpräsidenten Würzburg vom 21.12.1937, wonach seinerzeit Frau Ester Axelsson-Johnson aus einem Auswanderersperrguthaben bei der Deutschen Bank Berlin Reichsmark zur Darlehenshingabe erworben hat. Wenn Ihre frühere Frau jetzt einwendet, in Wirklichkeit sei das Darlehen in Kronen vereinbart gewesen, trifft sie hierfür auf jeden Fall die volle Beweislast. Im übrigen wäre sie dann darauf hinzuweisen, daß dann seinerzeit das Darlehensgeschäft gegen die devisenrechtlichen Bestimmungen verstoßen hätte und nach § 134 BGB als nichtig anzusehen wäre. Wäre das Geschäft aber nichtig, hätten Sie nur das aus dem Geschäft tatsächlich Erlangte, also Reichsmark, wieder herauszugeben.

Wichtig scheint es uns, jetzt einmal den ganzen Fall der Schenkung vom Jahre 1940 nach seiner rechtlichen Seite durchzuprüfen. Wir benötigen dazu eine Abschrift des Schreibens vom 29.9.40, wonach Frau Ester Axelsson-Johnson ihre Darlehensforderung im Wege der Schenkung

an Ihre frühere Gattin in Höhe von RM 30.000.-- und an Ihre drei Kinder in Höhe von je RM 10.000.-- abgetreten haben soll. Vielleicht haben Sie auch noch den Schriftwechsel mit dem Finanzamt Kaiserslautern, wohin am 18.1.1941 die Schenkung mitgeteilt worden ist. Nicht ganz verständlich ist uns noch der Passus in Ihrem Schreiben vom 4.2.48 über die Rückzahlung des Darlehens an Frau Johnson nach dem Tode des Vaters Ihrer früheren Frau. Aus Ihrer ersten Aktennotiz vom 16.1.48 hatten wir entnommen, daß Ihre Frau Schwiegermutter seinerzeit das Geld zu der Darlehenshingabe aus den Einkünften einer Lebensversicherung genommen hatte. In Ihrem Schreiben vom 4.2.48 sprechen Sie von einer Rückzahlung des Darlehens, was uns noch unklar erscheint. Wir bitten Sie, uns diesen wirtschaftlichen Vorgang noch näher zu erläutern, damit wir ihn bei der rechtlichen Prüfung mitwerten können.

Wenn Ihre beiden Töchter Brigitta und Kristina jetzt die schwedische Staatsangehörigkeit erhalten haben - wir empfehlen, sich hierüber völlige Gewißheit evtl. durch Vorlage einer Kopie der entsprechenden schwedischen Urkunde zu verschaffen -, dürfte Ihre Frau Schwiegermutter sie als Vermächtnisnehmer oder Erben hinsichtlich ihres Nachlasses berücksichtigen können, ohne daß sich hieraus Schwierigkeiten aus der Beschlagnahme des deutschen Vermögens im Auslande ergeben. Wie bereits dargelegt, empfehlen wir aber, zu diesem Punkte noch einmal Erkundigungen anzustellen.

Wir sehen also nunmehr Ihren näheren Erläuterungen entgegen und werden alsdann alsbald erneut Stellung nehmen.

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt

Wilhelm E. H. Graef
Grosskarlbach (Pfalz)

(221) Grosskarlbach, 4.2.48.

-708-

Herrn
Dr. Dr. Hermann Heimerich,
Heidelberg
Neuenheimer Landstr. 4.

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich!

Leider ist die Verhandlung mit meiner früheren Frau nicht so verlaufen, wie wir uns das dachten. Von der Gegenseite wird geltend gemacht, dass eine Forderung von insgesamt skr. 21.384.- offensteht, die ich seinerzeit als Darlehen erhalten hätte. Die Forderung müsste in skr. gestellt werden, denn es seien szt. auch skr. gezahlt worden und nur aus devisenrechtlichen bzw. aus taktischen Gründen hätte man den Umweg über die Sperrmark gewählt. Dieser Einwand lässt sich ja nun durch den Wortlaut des Darlehensvertrages ohne weiteres widerlegen, der eindeutig auf "Rm" lautet. Pkt. 3.) des Vertrages kann nur bedeuten, dass die Rückzahlung den jeweiligen hier gültigen devisenrechtlichen Bestimmungen angepasst werden muss.

Eine sofortige Rückzahlung der Darlehenssumme in Rm wird abgelehnt, da man vollwertige Devisen zu haben wünscht.-

Weiterhin wird geltend gemacht, dass der ganze Betrag von Rm 60.00 zurückzuzahlen sei, da die "Schenkung" seinerzeit nur fiktiv gemacht worden sei, um die Darlehensschuld verschwinden zu lassen. Die Aktennotiz vom 16.1. muss insoweit richtig gestellt werden, als das Darlehen tatsächlich ein echtes Darlehen der Frau Ax:son Johnson gewesen ist und dass die Rückzahlung an Frau Johnson erst nach dem Tode des Vaters von Frau Harriette, des Herrn Leg.rats Harry Ax:son Johnson, aus dessen Nachlass erfolgte. Rückzahlung erfolgte also nicht aus der an Frau Johnson abgetretenen Lebensversicherung.

Frau Harriette Starkenberg - meine erste Frau ist seit Juli 1947 mit Herrn Starkenberg verheiratet, -, die zur Zeit in Berlin wohnt, beabsichtigt sich dort mit einem Anwalt dieserhalb zu beraten und zwar mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Ludwig Ruge Berlin NW 7, Unter den Linden 10.

Abschrift des Darlehensvertrages und der auszugsweisen Übersetzung des Schenkungsbriefes von Frau Johnson stehen Frau Starkenberg zur Verfügung.

E.H.

Im Übrigen sind die beiden Mädels Birgitta und Krätstina
nunmehr auch Schwedinen geworden, sodass die szt. behandelte Frage,
was aus einem evtl. Nachlass von Frau Ester Ax:son Johnson wird,
hinfällig geworden ist. Frau Johnson kann jetzt unbedenklich ihre
Vermögenswerte den Enkelkindern vermachen.-

Mit der Bitte um hochmalige Prüfung der behandelten Fragen
verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Ihr

W. C. H. J. J.

ab 2.2.48

31. Januar 1948

durch Eilboten

Herrn *Dr. C. / Z.*
Wilhelm C.H. Graef

Dr. C. / Z.
- 708 -

(22b) ~~Groskarlbach / Pfalz~~
~~Rheinnühle~~

*in Firma J. G. Kuhnle, Kopp - Kamm
Frankenstet - Pfalz.*

Sehr geehrter Herr Graef!

*Am
28.2.48
G.*

Unter Bezugnahme auf unsere gestrige Besprechung möchte ich Ihnen sogleich noch mitteilen, daß, falls Sie sich mit Ihrer ersten Frau im Sinne der von mir gestern entworfenen Abtretungsurkunde einigen, ein solcher Abtretungsvertrag für die Kinder noch durch einen besonders durch das Vormundschaftsgericht bestellten Pfleger genehmigt werden muß. Gemäß § 1630 Abs. 2 BGB steht Ihnen als Vater nämlich die Vertretung der Kinder insoweit nicht zu, als nach § 1795 BGB ein Vormund von der Vertretung des Mündels ausgeschlossen ist. Nach § 1795 kann der Vormund das Mündel nicht vertreten bei einem Rechtsgeschäft zwischen seinem Ehegatten einerseits und dem Mündel andererseits, es sei denn, daß das Rechtsgeschäft ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht.

Vorstehende Bestimmungen bedeuten praktisch: Sollte Ihre erste Frau die Abtretungsurkunde unterschreiben, hätten Sie bei Ihrem Amtsgericht (Vormundschaftsgericht) die Bestellung eines Pflegers für Ihre drei Kinder zum Zwecke der Genehmigung dieses Abtretungsvertrags zu beantragen. Da sich das Vermögen, um das es sich für die Kinder in diesem Falle handelt, bei Ihnen befindet, wäre die Zuständigkeit Ihres heimatischen Amtsgerichts für den Fall gegeben. Ihre erste Frau wohnt in Deutschland und der Wohnsitz der Kinder bestimmt sich nach dem Wohnsitz der Eltern. Das ganze Rechtsgeschäft wird also in Deutschland vorgenommen, so daß u.E. die Bestimmungen des Kontrollrat

gesetz Nr. 53 nicht zur Anwendung kommen.

In dem Entwurf der Abtretungsurkunde befindet sich im übrigen im 2. Absatz, 2. Zeile ein Schreibfehler. Es heißt nicht "Darlehensvorlage", sondern natürlich "Darlehensforderung".

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt

NS: Falls die Bestellung eines Pflegers nach den dortigen Gerichtsverhältnissen längere Zeit in Anspruch nehmen sollte, möchten wir raten, die Abtretungserklärung Ihrer ersten Frau gerichtlich oder notariell beurkunden zu lassen, da sie evtl. lediglich als Schenkungsversprechen bis zum Abschluß des Abtretungsvertrages (bis zur Zustimmung des Pflegers) gewertet werden könnte, und in diesem Fall die vorgenannte Formvorschrift nach § 518 BGB erfüllt werden muß.

Heidelberg, 30. Januar 1948
Dr. C./Z.
- 708 -

A k t e n v e r m e r k

Konferenz mit Herrn Graef.

Herr Graef erklärt, daß er die steuerlichen Fragen mit Fräulein Heimerich bereits besprochen hat. Wegen der Möglichkeit der Übertragung der Darlehensforderung seiner ersten Frau auf die Kinder wurde Herr Graef nochmals entsprechend unserem Schreiben vom 22.1.48 belehrt. Schließlich wurde die in Abschrift anliegende Abtretungsurkunde entworfen. Es wird hierbei davon ausgegangen, daß, da Frau Harriette Graef in Berlin wohnt und sich der Wohnsitz der Kinder nach dem Wohnsitz der Eltern bestimmt, das gesamte Geschäft innerhalb Deutschlands abgewickelt wird, so daß u.E. die Bestimmungen des Kontrollratgesetzes Nr. 53 nicht zur Anwendung kommen. Herrn Graef wurde aber geraten, deswegen noch die zuständige Landeszentralbank in seiner Heimat zu befragen und auch die Stellungnahme seines örtlichen Finanzamtes einzuholen.

P

Anlage!

CHAPTER IV

The first part of the chapter is devoted to a discussion of the various methods of determining the rate of reaction. The second part is devoted to a discussion of the various methods of determining the order of reaction. The third part is devoted to a discussion of the various methods of determining the activation energy of a reaction. The fourth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the equilibrium constant of a reaction. The fifth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the rate of reaction. The sixth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the order of reaction. The seventh part is devoted to a discussion of the various methods of determining the activation energy of a reaction. The eighth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the equilibrium constant of a reaction. The ninth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the rate of reaction. The tenth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the order of reaction. The eleventh part is devoted to a discussion of the various methods of determining the activation energy of a reaction. The twelfth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the equilibrium constant of a reaction. The thirteenth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the rate of reaction. The fourteenth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the order of reaction. The fifteenth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the activation energy of a reaction. The sixteenth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the equilibrium constant of a reaction. The seventeenth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the rate of reaction. The eighteenth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the order of reaction. The nineteenth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the activation energy of a reaction. The twentieth part is devoted to a discussion of the various methods of determining the equilibrium constant of a reaction.

Entwurf

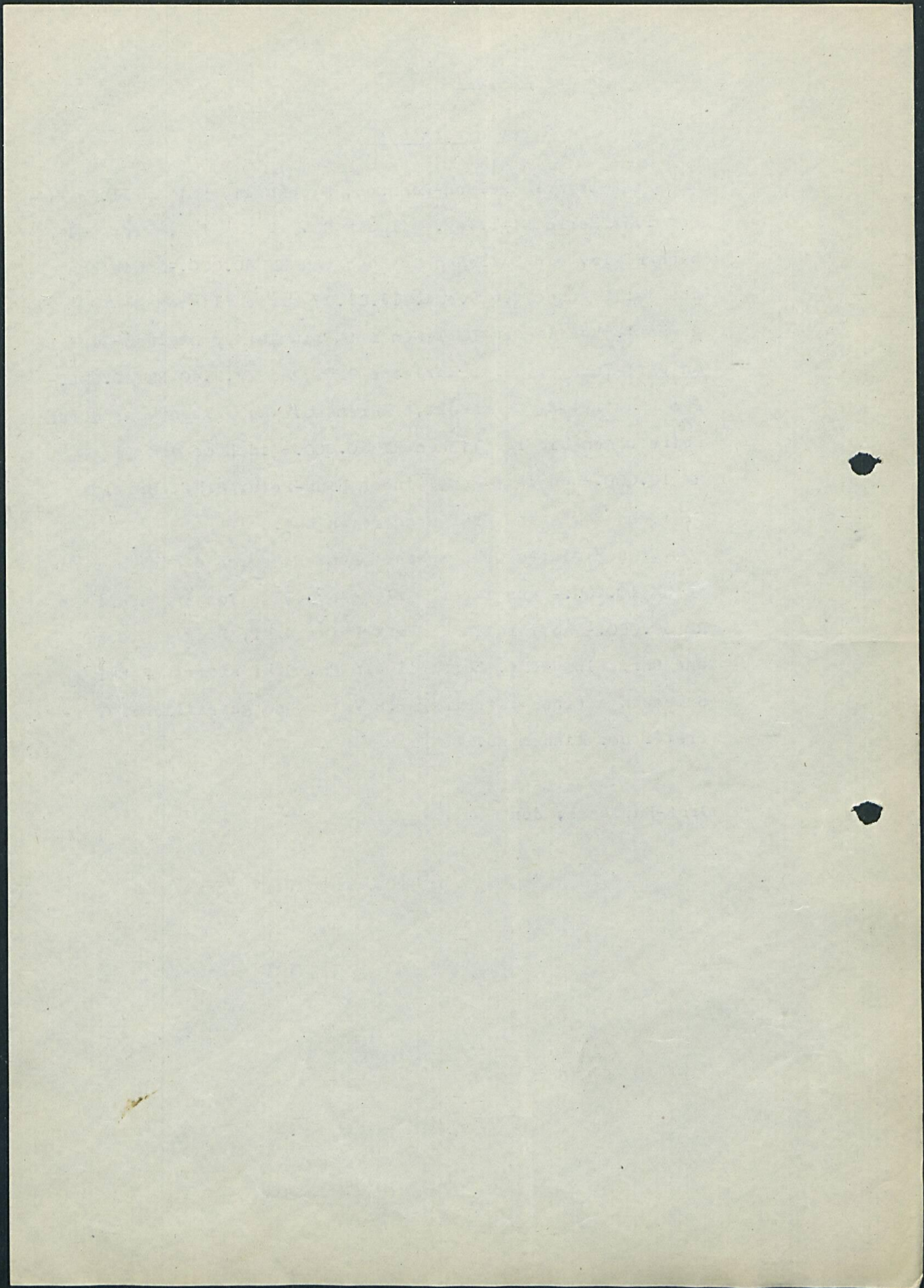
Abtretungsurkunde

Frau Esther Axelson-Johnson, Stockholm, hat am 11. November 1937 Herrn Dipl. Ing. Wilhelm Ch. G r ä f , Großkaulbach/Pfalz, ein Darlehen in Höhe von RM 60.000.- nach den aus der Urkunde vom 9. bzw. 11.11.37 ersichtlichen Bedingungen gewährt. Von diesem Darlehen hat Frau Esther Axelson-Johnson an ihre Tochter, Frau Hariette Gräf, ^{in Berlin-Grunewald} am 29.9.40 RM 30.000.- durch Abtretung geschenkt, während sie am selben Tage durch Abtretungen die restlichen RM 30.000.- in Höhe von je RM 10.000.- an ihre Enkelkinder Hans-Peter Gräf, Brigitta Gräf und Christina Gräf abgetreten hat.

Frau Hariette Gräf schenkt nunmehr durch diese Abtretung je RM 10.000.- von ihrer Darlehensvorlage ^{f. Henry} von insgesamt RM 30.000.- an ihre Kinder Hans-Peter Gräf, Brigitta Gräf und Christina Gräf. Herr Wilhelm Ch. Gräf stimmt dieser Schenkungsweise Abtretung als Vater und gesetzlicher Vertreter der Kinder zu.

Groß-Kaulbach, den

1630 ^{IV}, 1755



27/15 ✓
22. Jan. 1948.

Dr. G./S.
- 70 8 -

Herrn
Wilhelm C.H. Graef

(22b) G r o ß k a r l b a c h
Rheinmühle

Sehr geehrter Herr Graef!

Ihre Anfrage vom 16.1.48 möchte ich mit Rücksicht auf ihre Eilbedürftigkeit sogleich vorläufig beantworten.

Falls Ihre erste Frau ihre Darlehensforderung gegen Sie an Ihren Sohn Hans-Peter abtritt, liegt darin eine Schenkung. Nur Beträge bis zu RM 10 000.-- sind aber schenkungssteuerfrei. Die Darlehensbeträge, die Ihrem Sohn Hans-Peter als Forderung zustehen, werden mit Ihrem eigenen Vermögen zusammen veranlagt werden. Dagegen kann die Schuld an Ihre Frau bzw. an Ihre Tochter bei der Vermögenssteuer abgesetzt werden. Wie die kommende Währungsreform Schulden und Forderungen gegenüber dem Ausland behandelt, läßt sich leider noch nicht überblicken. Nach dem von Ihnen mitgeteilten Sachverhalt hat Frau Ester Axelson - Johnson ihre Darlehensforderung gegen Sie in Höhe von RM 60 000.-- zwecks Schenkung an Ihre Tochter Harriette Graef in Höhe von RM 30 000.--, an den Enkelsohn Hanspeter Graef mit RM 10 000.--, an die Enkeltochter Birgitta Graef mit RM 10 000.-- und an die Enkeltochter Kristina Graef mit RM 10 000.-- abgetreten. Falls hierbei keine neuen Vereinbarungen mit Ihnen getroffen worden sind, ist die Darlehensforderung

zu den bisherigen Bedingungen auf Ihre erste Frau bzw. die Töchter
übergegangen. Demnach sind auch mangels besonderer Vereinbarung wei-
ter keine Zinsen zu zahlen, solange die Forderung nicht fällig ist
und Sie etwa in Verzug geraten wurden.

Zu einer mündlichen Besprechung der Gesamtfrage stehe ich ger-
ne zur Verfügung. Ich bitte aber zunächst um fernmündlichen Anruf
zwecks Zeitvereinbarung. Können Sie etwa am 27.1. zu uns kommen?

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener

Gez. Dr. Heimerich
Rechtsanwalt.

In Abwesenheit:



(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.

Wilhelm C.H. Graef

(22b) Großkarlbach, den 16.1.1948
Rheinmühle

Herrn

Dr. Hermann Heimerich

(17a) Heidelberg

Neuenheimer Landstr. 4

*13. Me. Beantwortung
17. Jan. 1948
Rücksprache*

Aktanlagen!

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich!

Darf ich Sie heute in einer privaten Angelegenheit in Anspruch nehmen und um Ihren Rat bitten ?

In der Anlage erhalten Sie eine Aktennotiz mit Anlagen, aus der Sie ersehen, daß ich 1937 ein Darlehen von meiner Schwiegermutter erhielt, mittels dem ich seinerzeit meine Beteiligung bei KKK erworben habe. Durch die zwischenzeitlich vollzogene Ehescheidung wird nunmehr die vermögensrechtliche Auseinandersetzung akut, bei der ich mir rechtlich und devisenrechtlich nicht vollkommen im klaren bin.

30
20
10
60!

An sich habe ich jetzt eine Darlehensschuld von RM 30 000.-- an meine erste Frau und je RM 10 000.-- an meine beiden Töchter Birgitta und Kristina, deren Pflege meine erste Frau übernommen hat. Die restlichen RM 10 000.-- schulde ich meinem Sohn Hans Peter. Ich strebe bei der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung eine Lösung an, nach der meine erste Frau auf das Darlehen zu Gunsten von Hans Peter verzichtet, nachdem es sich hierbei doch lediglich um einen Papiermarkbetrag handelt, der heute als dubios zu bezeichnen ist. Hierfür würde allerdings sicherlich eine hohe Schenkungssteuer fällig werden.

Falls diese Regelung nicht durchführbar erscheint, habe ich eine Papiermarkschuld an meine erste Frau, die, nachdem sie zwischenzeitlich wieder Ausländerin geworden ist, als Devisenschuld wohl anmeldepflichtig ist. Vermögenssteuerlich gesehen kann ich nunmehr künftighin doch diese Darlehensbeträge von insgesamt RM 50 000.-- von meinem Vermögen absetzen? Interessant ist die Frage, was bei der kommenden Währungsreform mit solch einer Papiermarkschuld geschieht, d.h. es erhebt sich die Frage, ob man versuchen sollte, diese Schuld jetzt schon aufgrund des seiner-

Städt. Archiv, den 12.1.1948
Heimliche

Städt. Archiv, den 12.1.1948

Herrn

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

Herrn Dr. L. L. L.

zeitigen Umrechnungskurses von s.Kr. über Sperrmarkguthaben auf Gold bzw. s.Kr. wieder umzurechnen oder ob man das der allgemeinen Regelung zweckmäßigerweise überläßt. Die allgemeine Tendenz von Seiten der Alliierten geht doch wohl dahin, deutsche Schulden nicht zu stark abzuwerten.

Kann man die Bedingungen des seinerzeitigen Darlehens von Frau Ester Ax:son Johnson an mich gewissermaßen sinngemäß übertragen auf das Darlehen von Frau Harriette an mich, d.h. kann man annehmen, daß es sich hierbei um ein zinsloses Darlehen handelt ?

Sie sehen, so ergeben sich aus dieser Lage heraus viele Fragen, die ich meinerseits nicht beurteilen kann. Ich würde mich gerne mit Ihnen einmal hierüber unterhalten und bitte Sie, mir nach Prüfung derselben einen Termin zu nennen, zu welchem ich mich mit Ihnen in Heidelberg einmal unterhalten kann. Nachdem ich heute erfahre, daß meine erste Frau am 1.2. nach Frankfurt kommen wird, um meinen Jungen zu bringen und ich außerdem annehme, daß bei dieser Gelegenheit bereits die Frage der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung angeschnitten wird, wäre ich Ihnen dankbar, wenn diese Besprechung noch vor dem 1.2. stattfinden könnte. Ich hätte Sie nicht so gedrängt, da mit einem Zusammentreffen mit meiner ersten Frau erst in einigen Monaten zu rechnen war, aber Sie werden es verstehen, wenn ich ~~immer noch~~ auch schon im Hinblick auf meine Vermögenssteuer auf eine baldige Klärung der Situation drängen muß.

Mit den besten Grüßen Ihnen und Ihren Angehörigen bin ich

Ihr ergebener

1 Anlage

Rich. C. Long

A k t e n n o t i z

Frau Ester Ax:son Iohnson hat mit Zustimmung des Landesfinanzamtes Würzburg vom 23.10.1937 Herrn Wilhelm C.H. Graef ein Darlehen in Höhe von RM 60 000.-- gemäß in der Anlage beigefügtem Darlehensvertrag zur Verfügung gestellt. (Originaldarlehensvertrag vom 11.11.37 liegt vor). Frau Iohnson hat seinerzeit durch Zahlung von 21 384 schwed.Kronen ein Auswanderersperrguthaben von RM 72 000.-- durch die Amsterdamsch Effecten en Bankiers Kantoer N.V., Amsterdam, Driekonigen Straat 4, erworben und hieraus bezahlt RM 12 000.-- an die "Dego" Deutsche Gold-Diskontbank, Berlin, und RM 60 000.-- an die A.G. Kühnle, Kopp & Kausch, Frankenthal. (Vergleiche Genehmigungsbeseheid des Landesfinanzamtes Würzburg vom 21.12.37).

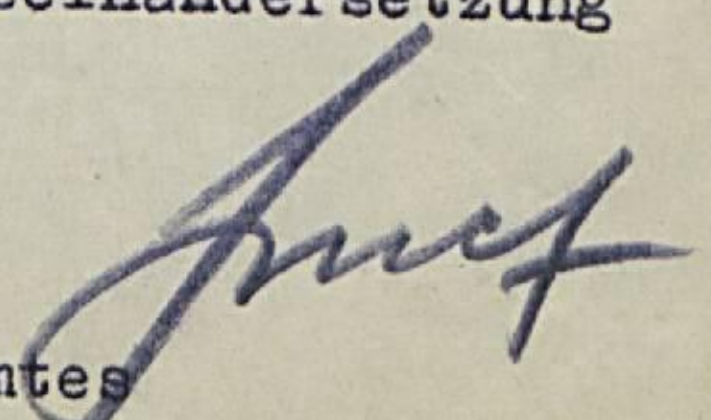
Am 29.9.40 hat Frau Ester Ax:son Iohnson dieses Darlehen von RM 60 000.-- geschenkt an ihre Tochter Harriette Graef mit RM 30 000.--, an den Enkelsohn Hans Peter Graef mit RM 10 000.--, an die Enkeltochter Birgitta Graef mit RM 10 000.-- und an die Enkeltochter Kristina Graef mit RM 10 000.--. Dies wurde am 18.1.1941 an die Erbschaftssteuerstelle Kaiserslautern offiziell gemeldet.

Aufgrund von einer vor Verheiratung der Tochter Harriette bereits vollzogenen Überschreibung hat die Tochter Harriette auf die Einkünfte aus ^{einer} ~~ihrer~~ Lebensversicherung, die zu ihren Gunsten abgeschlossen war, zu Gunsten der Mutter verzichtet. Aus diesen Einkünften wurden die s.Kr. 21 384 entnommen, d.h. praktisch waren es Vermögenswerte von Harriette, die lediglich unter dem Namen von Frau Ester Ax:son Iohnson liefen. Daher auch der Nachsatz in dem Schreiben vom 29.9.40: "Diese RM 60 000.-- werden nicht von Deinem künftigen Erbteil nach meinem Tode abgezogen. Dies ist mein ausdrücklicher Wille."

Durch die am 19.5.1947 beim Amtsgericht Stockholm vollzogene Ehescheidung wurde die weitere Betreuung des Sohnes Hans Peter Graef dem Vater und der Töchter Birgitta und Kristina Graef der Mutter übertragen. Eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung fand noch nicht statt.

16.1.1948

Anlagen: Darlehensvertrag v. 11.11.37
Genehmigungsbeseheid d. Landesfinanzamtes
Würzburg vom 21.12.1937



Am 22. 12. 1944 hat Frau Peter Ax:son Johnson diese Parteien von
RM 60.000.-- geschenkt an ihre Tochter Harriette Ernst mit
RM 30.000.--, an den Enkelsohn Hans Peter Ernst mit RM 10.000.--
an die Enkeltochter Brigitte Ernst mit RM 10.000.-- und an die
Enkeltochter Kristine Ernst mit RM 10.000.--
12.1.1945 an die Ehegatten Peter und Harriette Ernst offiziell
gemeldet.

Aufgrund von einer vor Verheiratung der Tochter Harriette bereits
vorliegenden Übersetzung hat die Tochter Harriette auf die
Einkünfte aus Lebensversicherung, die zu ihren Gunsten abge-
schlossen war, zu Gunsten der Mutter verzichtet. Aus diesen Ein-
künften wurden die e.r. 21.384 entnommen, d.h. praktisch waren
es Vermögenswerte von Harriette, die lediglich unter dem Namen
von Frau Peter Ax:son Johnson liefen. Aber auch der Nachteil in
den Schreiben vom 29.9.40: Diese RM 60.000.-- werden nicht von
ihnen künftigen Ehel. nach ihrem Tode gezogen. Dies ist
kein steuerlicher Vorteil.

Nachdem am 12.5.1945 beim Amtsgericht Stockholm vorgenom-
men wurde die weitere Betreuung des Sohnes Hans Peter
Ernst der Mutter und der Tochter Kristine und Brigitte Ernst
übertragen. Eine Vermögensrechtliche Auseinandersetzung
findet noch nicht statt.

12.1.1945

[Handwritten signature]

Erstgenannt: Lebensversicherung v. 1.1.37
Einkünfte aus Lebensversicherung v. 1.1.37
Erstgenannt v. 12.1.1945

**Der Präsident
des Landesfinanzamts Würzburg**
Devisenstelle, Zweigstelle Ludwigshafen (Rhein)

54996 G/St.

Nr. 0 1729 B

(Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und den Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben.)

Akte: Wilhelm C.H. Graef, Grosskarlbach,
Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp
und Kausch, Frankenthal.

21. Dez. 1937.
Ludwigshafen (Rhein),
Mundenheimerstr. 182, Fernsprecher 62560.

Sprechstunden:

nur vormittags von 9—11 Uhr
Dienstag u. Freitag keine Sprechstunde.

Herrn

Wilhelm C.H. Graef
Grosskarlbach/Pfz.

Genehmigungsbescheid.

Laut Mitteilung der Deutschen Bank Berlin vom 23.11.1937 hat Frau Ester Axelson-Johnson, Stockholm, Lill Jans Plan 1, von der Amsterdamsch Effecten- en Bankierskantoor N.V., Amsterdam, aus deren erworbenem Auswanderersperrguthaben bei der Deutschen Bank Berlin einen Betrag von RM 72.000.-- erworben.

Entsprechend dem bei mir eingereichten Vertrag vom 9.11.1937 genehmige ich gemäss § 18 des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 4. Februar 1935 auf Grund des Einzelerlasses der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung Dev. A 7/47772/37 vom 12.10.1937 der Frau Ester Axelson-Johnson die Verfügung über den erworbenen Betrag zum Zweck der Darlehensgewährung an Sie selbst unter folgenden Bedingungen:

1) Aus dem erworbenen Guthaben wird ein Betrag von RM 60.000.-- zugunsten von Ihnen an die Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp und Kausch, Frankenthal, überwiesen, der zur Zeichnung von Aktien dieser Gesellschaft verwandt wird. Dieser Betrag ist das Darlehn im Sinne dieses Genehmigungsbescheides und des Vertrags vom 9.11.1937.

2) Das Darlehn ist zinslos und kündbar mit sechs Monaten Frist auf Vierteljahresende, erstmals jedoch zum 31. Dezember 1947. Sicherheit wird nicht geleistet. Jede Verfügung über die Darlehensforderung, insbesondere eine vorzeitige Rückzahlung durch Sie oder eine Änderung der Bestimmung über die Zinsen, ist nur mit meiner vorherigen schriftlichen Genehmigung zulässig.

3) Eine Verfügung über die von Ihnen gezeichneten Aktien ist bis zur vollständigen Rückzahlung des Darlehns nur mit meiner vorherigen schriftlichen Genehmigung statthaft.

4) Zu Lasten des erworbenen Guthabens ist ein Betrag von RM 12.000.-- sofort unentgeltlich an die Dego abzuführen.

Im Auftrage
gez. Unterschrift.

[Handwritten signature]

Frankenthal (Pfalz)
Königsplatz 18, Fernsprecher 8230

Druckerei

mit Verlags- und
Druckerei in Frankenthal

Druckerei
Königsplatz 18, Fernsprecher 8230

Druckerei

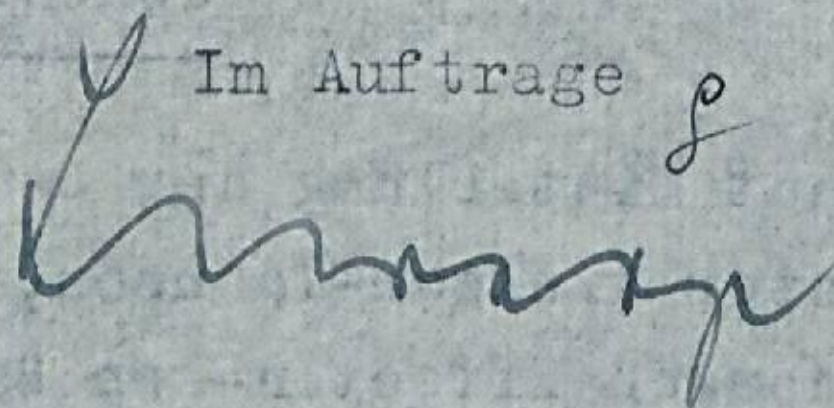
mit Verlags- und
Druckerei in Frankenthal

Persönlich!

Abdruck Herrn Dr. Fritz C.W. Kausch
i.Fa. Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp und Kausch
Frankenthal/Pfalz

zur Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrage



©

Darlehens - Vertrag.

Frau Ester Axelson - J o h n s o n, Stockholm, Lill jans plan 1
gewährt Herrn Diplomingenieur Wilhelm C.H. G r a e f, Gross-
karlbach/Pfalz

ein Darlehen in Höhe von

RM 60 000.- (Sechszigtausend Reichsmark)

zu folgenden Bedingungen:

1.) Das Darlehen ist kündbar mit sechs Monate Frist auf Quar-
talsende erstmals zum 31. Dezember 1947.

2.) Das Darlehen wird zinslos gewährt.

3.) Die Rückzahlung erfolgt auf Grund der dann gültigen
devinrechtlichen Bestimmungen .

4.) Frau Johnson stellt Herrn Graef einen Betrag von RM 12 000.-
zur Verfügung an die Deutsche Golddiskontbank, Berlin zur Ver-
fügung. Das Darlehen von RM 60 000.- ist an die Aktiengesell-
schaft Kühnle, Kopp & Kausch in Frankenthal/Pfalz zu Gunsten
von Herrn Graef zur Auszahlung zu bringen.

Frankenthal/Pfalz, den November 1937

Stockholm, den November 1937

Page 1 of 1

1. The first part of the report is a summary of the work done during the year. It is a very brief summary, but it gives a good idea of the work done.

2. The second part of the report is a detailed account of the work done. It is a very detailed account, but it is written in a very clear and concise manner.

3. The third part of the report is a summary of the results of the work. It is a very brief summary, but it gives a good idea of the results of the work.

4. The fourth part of the report is a summary of the conclusions of the work. It is a very brief summary, but it gives a good idea of the conclusions of the work.

5. The fifth part of the report is a summary of the recommendations of the work. It is a very brief summary, but it gives a good idea of the recommendations of the work.

6. The sixth part of the report is a summary of the work done during the year. It is a very brief summary, but it gives a good idea of the work done.

7. The seventh part of the report is a summary of the conclusions of the work. It is a very brief summary, but it gives a good idea of the conclusions of the work.

8. The eighth part of the report is a summary of the recommendations of the work. It is a very brief summary, but it gives a good idea of the recommendations of the work.